

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Gewaltsamer Aufmarsch von Hooligans und Neonazis in Köln

- *Kampf gegen den IS und die Politik der Bundesregierung gegenüber der Türkei – S. 2*
- *Spanien: Expressabschiebungen in der Kritik – S. 5*
- *Der gewaltsame HoGeSa-Aufmarsch in Köln – S. 12*
- *Alles oder nichts. GDL kämpft um Ausweitung der Vertretungsmacht – S. 17*
- *Landtagswahl 2016: Thesen zur Strategiedebatte der Linken Baden-Württemberg – S. 21*

Mit Beilage Rundbrief der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung

Ausgabe Nr. 11 am 13. November 2014, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/815343 oder 0178/2877571, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln.
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Kampf gegen den IS und die Politik der Bundesregierung

Der Angriff der Freischärler des IS auf die kurdischen Autonomiegebiete im Norden Syriens ist an der Verteidigung der Stadt Kobane zum Stehen gekommen. Das bedeutet: Die kurdischen Siedlungsgebiete sind nach wie vor dem Terror des IS ausgesetzt, aber der IS beherrscht die Grenze zur Türkischen Republik nicht. Wäre es anders, könnten diejenigen Kräfte, die in der Türkei den Schulterschluss mit dem IS im Kampf gegen die demokratische Opposition suchen, mit den Faktenlage argumentieren und beginnen, den IS schrittweise als legitime politische Macht anzuerkennen. Gegenwärtig spielt sich die Unterstützung, die der IS aus Staat und Gesellschaft der Türkischen Republik erfährt, in einer Grauzone ab. Die türkische Republik ist nicht nur Nato-Mitgliedsland. Sie hat von der Nato Raketenstruppen zur Stationierung an ihrer Grenze nach Syrien hin erbeten und erhalten. Der IS hingegen greift nach der Macht im Irak, stößt dabei auf die Truppen der USA und ihrer Verbündeten, die nach der gewaltsamen Zerschlagung des Militärregimes von Saddam Hussein immer noch als Besatzungsmacht präsent sind. Der eine führende Nato-Staat fliegt Luftangriffe auf den IS, während der andere, die Türkische Republik, die Drehscheibe für die Finanzierung des IS durch Ölverkauf und für die Lieferung militärisch wichtiger Güter bildet.

Würden die Nato-Staaten wirtschaftliche Sanktionen gegen den IS verhängen, so könnte die Türkische Republik nicht als Versorgungswerk des IS fungieren. Der IS, der in den kurdischen Siedlungsgebieten eine Besatzungsmacht ist und keinen Rückhalt in der Bevölkerung hat, müsste den Selbstverteidigungskräften weichen. Im Grenzgebiet zwischen Irak, Syrien und der Türkei entstünde eine demokratische, und, wie das Verhalten der kurdischen Selbstverteidigungskräfte zeigt, auch kulturell befriedete Region. Ein anderes Modell des politisch geordneten Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Bekenntnisse. Spätestens seit den Protesten des vergangenen Sommers wissen die Bevölkerung der Türkischen Republik und die Weltöffentlichkeit, dass auch in der Gesellschaft der Türkei das Potential für eine derartige Entwicklung vorhanden ist. Das hat sich auch in den seither abgehaltenen Wahlen gezeigt, die allerdings auch ergaben, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Macht in den Händen islamisch kon-

servativer Politiker wissen will.

Zum Verständnis der Problematik dieser Situation mag die historische Erinnerung an die Bereitschaft der christlichen Kirchen und Parteien Europas erinnern, gegen Links-Regierungen mit Faschisten und Nazis zu paktieren. Tatsächlich mussten die europäischen konservativen oder traditionalistischen Parteien und Politikströmungen kursierenden Emanzipations- und Entwicklungsvorstellungen weit entgegenkommen und tief verankerte Vorurteile – beispielhaft über die Beziehung der Geschlechter und die Befugnis, religiöses Bekenntnis bzw. Einhaltung typischer Regeln durch staatlichen Zwang durchzusetzen – opfern, um sich mit der Demokratie zu versöhnen.

Unter freilich ganz erheblich anderen historischen und aktuellen Voraussetzungen entfaltet sich eine ähnliche Problematik in der Türkischen Republik. Der Konflikt kann nicht durch die Überwältigung des islamischen Konservatismus / Traditionalismus durch Kräfte durch emanzipativ eingestellte Bewegungen gelöst werden. Entscheidend sind Prozesse innerhalb des konservativ-traditionalistischen Milieus. Die Entscheidung wird, das zeichnet sich ab, an zwei praktischen Fragen fallen:

Wir regelt die Türkische Republik die Fragen der kulturellen Autonomie der Bekenntnisgemeinschaften und die politische Gewaltenteilung / Autonomie der Gebietskörperschaften, der Gemeinden und Regionen gegenüber dem Zentralstaat?

Wie stellen sich Staat und Gesellschaft der Türkischen Republik zum Gesellschaftsmodell der IS und inwieweit sind die bereit, diese Terrorherrschaft politisch, militärisch und wirtschaftlich zu fördern?



Linke-Abgeordnete Karin Binder in Suruc, einem Flüchtlingslager an der türkisch-syrischen Grenze

Der Rückhalt, den der islamisch geprägte Konservatismus / Traditionalismus in der Gesellschaft der Türkei mobilisieren kann, hat, wie niemand bestreitet, in der wirtschaftlichen Entwicklung, der Modernisierung, die unter dem Regime der islamischen Partei Erdogans möglich gewesen ist. Die bindet die politischen Mächtigen, die Reichen und große Teile der Bevölkerung zusammen. Eine Abkehr der Eliten vom System der Repression gegen die kurdische Bevölkerung und andere Minderheit sowie ein Verzicht auf die Unterstützung des terroristischen IS sind denkbar, weil auf diesem politischen Abweg die wirtschaftliche Entwicklung des Landes blockiert wird.

Unter solchen Bedingungen ist es sinnvoll und aussichtsreich, wenn die im weitesten Sinne linken Kräfte in der Türkei einen politischen Weg einschlagen, der Demokratie und Autonomie als Bedingung wirtschaftlicher Entwicklung unterstreicht. Dies versucht die kurdische Emanzipationsbewegung.

Leider sind die kulturellen Barrieren zwischen Abendland und Morgenland nach wie vor hoch. Der Modernisierungsprozess, den die explizit islamischen politischen Parteien durchmachen, und die Konflikte, die sie dabei mit sich ausmachen müssen, können bei unserem Wissens- und Erfahrungsstand nur erahnt werden. Und das reicht nicht, wenn es darum geht zu bestimmen, welche Politik die Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Türkischen Republik einschlagen soll.

Seit Jahrzehnten ist die Politik der BRD gegenüber den wechselnden Regimes in der Türkei durch eine doppelte Konstante bestimmt. Die Türkei liegt an der Südost-Flanke der Nato. Sie ist eine relevante Militärmacht. Sie hat nicht nur zahlreiche Bodentruppen, ist auch eine maritime Macht, die die Verbindung vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer beherrscht. Für das Nato-Bündnis ist die Türkei ein militärischer Eckstein.

Die wirtschaftlichen Verbindungen, die insbesondere im Gefolge der Wirtschaftsmigration entstanden sind, haben diese Beziehung noch verfestigt. Zu den außenpolitischen Beziehungen sind quasi innenpolitische, eine Art Vergemeinschaftung der Ordnungspolitik, der polizeilichen und geheimdienstlichen Zusammenarbeit getreten.

Aus der Sicht der deutschen Staatspolitik gibt es hin zur Türkei eine eindeutige Interessenlage, eine Staatsraison, deren erster Punkt die Stabilisierung der Türkischen Republik als militärischer Eckpfeiler der Nato ist. Der Begriff der Staatsraison ist im Zeitalter der Aufklärung und des Absolutismus entstanden. Er bevollmächtigt den nach innen hin rechtlich geordneten Staat zu Handlungen, die durch das im



Tag der Solidarität mit Kobanê am 1. November: An diesem Tag nahmen in 20 Städten (Freiburg, Stuttgart, Nürnberg, Frankfurt, Berlin, Köln, Düsseldorf, Bielefeld, Hannover, Bremen, Hamburg, Leipzig, Erfurt, Saarbrücken, Bad Neuenahr, München, Braunschweig, Marburg, Göttingen und Gelsenkirchen) mehrere zehntausend Menschen an Aktionen und Protesten teil, die von dutzenden Gruppen organisiert und von hunderten Organisationen unterstützt wurden. Nicht nur ein breites Spektrum politischer Gruppen, auch Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Volksgruppen und Religionsgemeinschaften in Deutschland haben die Proteste mit unterstützt und sind an diesem Tag mit auf die Straßen gegangen. (Nach PM von NAV-DEM). Bilder: Aktionen in Hamburg und München (nächste Seite)

Staatsgebiet allgemein geltende Rechte zwar gedeckt sein können, aber nicht müssen.

Ein wichtiger praktischer Anwendungsfall ergibt sich in der zwischenstaatlichen Politik, in der es auf diesem Wege möglich wird, Zusammenarbeit und sogar feste Bündnisse mit Staaten zu pflegen, ohne Rücksicht auf deren innere Verfassung nehmen zu müssen. Der Pfad zwischen der Nichteinmischung und der Vereinbarung von Abkommen zum beiderseitigen Vorteil hier und des Stützens eines überholten, menschenverachtenden System aus büdnispolitischen Gründen ist schmal, und über den richtigen Weg gibt es in jedem einzelnen Fall schwierige und oft auch erbitterte Diskussion.

Unstrittig sollte hingegen sein, dass der Bundesrepublik Deutschland aus Verträgen und Vereinbarungen, die sie mit anderen Staaten schließt, nicht Menschen, die im Geltungsbereich des Grundgesetzes leben, wichtige Rechte aberkennen kann.

Auf eine Klage, die darauf abzielte, die Geltung des PKK-Verbotes in der BRD zu unterlaufen, urteilte das Bundesverfassungsrecht im Jahre 2001 (https://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rk20060926_1bvr060504.html):

„Die Vorschrift des § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 VereinsG, auf der die angegriffenen Entscheidungen beruhen, ist ein allgemeines Gesetz in diesem Sinne (vgl. BVerfG, Beschlüsse der 1. Kammer des Ersten Senats vom 15. November 2001 – 1 BvR 98/97 –, NVwZ 2002, S. 709 <709>; – 1 BvR 2180/98 –, NVwZ 2002, S. 711 <711>; – 1 BvR 289/00 –, NVwZ 2002, S. 712 <712>). Sie stellt das

Zu widerhandeln gegen ein vollziehbares Verbot nach § 18 Satz 2 VereinsG unter Strafe, um einem Verbot der Tätigkeit eines ausländischen Vereins im räumlichen Geltungsbereich des Vereinsgesetzes zur Durchsetzung zu verhelfen. Derartige Verbote können gemäß § 15 Abs. 1, § 14 Abs. 1 VereinsG zum Schutz der in Art. 9 Abs. 2 GG genannten Rechtsgüter sowie dann ergehen, wenn Vereine durch politische Betätigung die innere oder äußere Sicherheit, die öffentliche Ordnung oder sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder verletzen oder gefährden. Diese Rechtsgüter werden ohne Rücksicht darauf geschützt, wodurch ihnen Gefahr droht, also auch dann, wenn sie auf andere Weise als durch Meinungsäußerungen gefährdet werden. Es ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, wenn der Gesetzgeber diesem Schutzgut Vorrang vor der Meinungsfreiheit gibt. Allerdings darf bei der Auslegung und Anwendung des § 20 Abs. 1 Satz Nr. 4 VereinsG der Schutzgehalt des Art. 5 Abs. 1 GG nicht außer Acht gelassen werden.“

Dieses Gesetz ermöglicht der Exekutive, Einwohnern und Bürgern der BRD politische Betätigung zu verbieten, nur weil diese sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder verletzen oder gefährden.

Zu bestimmen ob „erhebliche Belange“ gefährdet werden, liegt in der Kompetenz der Regierung. Wenn z.B. die Regierung der Türkischen Republik fordert, die Betätigung für Zielsetzungen der PKK in der Bundesrepublik zu unterbinden, ist das im Sinne des Ge-

setzes ein ausreichender Grund, wenn und solange die Türkische Republik die Möglichkeit hat, anderenfalls Interessen der BRD zu kontern.

Angesichts der Mobilisierung, die terroristische, mörderische Bewegungen wie der IS weltweit versuchen, wird deutlich, dass es weder aussichtsreich noch sinnvoll sein kann, derartige Bestimmungen ganz und gar abzuschaffen. Aber gerade deswegen muss die pauschale Ermächtigung, wegen „sonstige erhebliche Belange“ durchgreifen zu können, aus dem Gesetz gestrichen werden.

Man hätte hoffen können, dass die Exekutive der BRD das PKK-Verbot aufgibt. Aber diese Hoffnung ist trügerisch, und sie ist im Grund selber demokratisch problematisch. Denn wir wollen einen demokratischen, rechtlich geordneten Staat und nicht eine Staatsautorität, die augenzwinkernd allerhand durchgehen lässt.

Die Aktion der Bundestagsabgeordneten Nicole Gohlke, München, hat somit einen doppelten Sinn: erstens weist sie die Öffentlichkeit darauf hin, dass hier exekutive Maßnahmen durchgezogen und Menschen politisch entrechtet und menschlich gedemütigt werden, ohne dass eine Legitimation durch die Grundwerte der Verfassung entwickelt werden kann. Zweitens fordert diese Aktion die politische Öffentlichkeit heraus, eine Unrechtsbestimmung aus dem Gesetzeskanon der Bundesrepublik Deutschland zu streichen.

Martin Fochler, Alfred Küstler

Der Immunitätsausschuss des Bundestages hat die Immunität der Abgeordneten Nicole Gohlke aufgehoben, die sich dem Verbot, das auf einer im Gesetz enthaltenen Unrechtsbestimmung basiert ist, nicht gehorcht hat. – Der Immunitätsausschuss kann die Gesetze nicht ändern, auch wenn Unrecht darin enthalten ist. Die Mehrheit der Abgeordneten des Bundestags kann es schon. An der Zeit wäre es.

Die Münchner Bundestagsabgeordnete der LINKE, Nicole Gohlke, auf ihrer Webseite www.nicole-gohlke.de: Solidarität mit Kobanê, weg mit dem PKK Verbot!

„Weg mit dem PKK-Verbot!“ habe ich am Samstag (18.10.) auf der Demo „Solidarität mit Kobanê“ in München gefordert und die ‚verbotene‘ Fahne der PKK hochgehalten. Ich glaube, es ist Zeit, dass PolitikerInnen, Prominente, Intellektuelle, KünstlerInnen, ... ein Zeichen setzen gegen diese Kriminalisierung und gegen die unerträgliche Heuchelei der Bundesregierung. Wer es ernst meint mit der Unterstützung des kurdischen Widerstandes, muss jetzt vor allem zwei Dinge tun: das PKK-Verbot abschaffen und Druck auf die Türkei machen, die Grenze nach Syrien zu öffnen für Flüchtende, humanitäre Hilfe und Nachschub für die kämpfenden KurdInnen und die Grenze zu schließen für den IS! Für diese Aktion wurde ich in Gewahrsam genommen. Ob die Staatsanwaltschaft ermittelt, hängt von der politischen Entscheidung des Bundestags ab, meine Immunität aufzulösen oder nicht.



YPG-Kommandant Xebat: „Der Krieg in Kobanê geht weiter, deswegen muss die Unterstützung auch weitergehen“

(Pressemitteilung vom Civaka Azad, 9.11.2014) Am 55. Tag des Widerstands von Kobanê haben die Kommandanten der YPG (Volksverteidigungskräfte der syrischen Kurden, d. Red), der YPJ (der weibliche Teil der Volksverteidigungskräfte) und der Peshmerga-Einheiten (kurdische Kämpfer aus dem Nordirak) eine gemeinsame Pressekonzferenz in der Stadt abgehalten. Der YPG-Kommandant Dijwar Xebat erklärte hierbei, dass die Kämpfe mit dem Islamischen Staat (IS) weiter in all ihrer Heftigkeit anhalten. Vor allem an der Ostfront werden erbitterte Kämpfe geführt. Man habe den Vorstoß des IS allerdings erfolgreich stoppen und einige Stellungen zurückerobert. „Es gibt keinen Tag, an dem es keine Kämpfe gibt. Sie haben neue Einheiten hier an die Front gebracht, mit denen sie derzeit angreifen“, berichtete Xebat.

Im Namen der Peshmerga-Einheiten in Kobanê hielt der Kommandant Amid Ehmet Gerdi eine kurze Rede. Gerdi erklärte, dass er mit seinen Einheiten

seit acht Tagen in der Stadt sei und fuhr wie folgt fort: „Schon bald werden wir unserer Bevölkerung die frohe Botschaft von der Befreiung Kobanês verkünden können. Diese Banden haben überall ihre Visiere auf Kurdistan gerichtet und wollen uns vernichten. Aber das werden sie im Traum nicht hinbekommen. Wir kämpfen hier gemeinsam gegen den IS und werden auch gemeinsam diejenigen bald vernichten, die den Terror nach Kurdistan bringen wollen.“ Auf die Frage, ob neue Peshmerga-Einheiten nach Kobanê kommen werden, begegnete Gerdi, dass dies geschehen werde, sobald eine Verstärkung notwendig erscheine.

„Mehr als 3000 Tote in den Reihen der IS“

Auf Nachfrage eines Journalisten, wie viele IS-Mitglieder und wie viele YPG-Kämpferinnen und Kämpfer seit Beginn der Angriffe auf Kobanê gestorben seien, erklärte Xebat, dass sie keine genauen Angaben machen können. Sie gehen davon aus, dass mehr als 3000

IS-Kämpfer bislang getötet worden sind. „Die Verluste in unseren eigenen Reihen werden täglich veröffentlicht“, ergänzte der Kommandant der Volksverteidigungseinheiten.

Xebat forderte zudem, dass die internationale Unterstützung für den Kampf gegen den IS anhalten müsse. Medienberichte, wonach es in der Stadt ruhiger geworden sei, entsprächen nicht der Wahrheit. „Sie erleiden hier große Verluste. Aber sie versuchen diese Verluste mit neuen Einheiten, die sie überall aus Syrien und dem Irak hierherziehen, wieder wettzumachen. Deswegen halten die Kämpfe unvermindert an. Und solange der Krieg sich in die Länge zieht, umso mehr Schaden fügt der den Zivilisten zu. Doch wir sind gewillt, den IS hier aus Kobanê zu vertreiben. Und nicht nur in Kobanê sondern auch anderswo werden wir die Stellungen des IS angreifen. Die Welt muss begreifen, dass der IS nicht nur unser Feind, sondern ein Feind der gesamten Menschheit ist. Um den IS härtere Schläge zu versetzen und

die Zivilisten hier effektiver schützen zu können, brauchen wir weiterhin Unterstützung“, fuhr der YPG-Kommandant fort. Die YPJ-Kommandantin Hebûn Dêrik ging bei der Pressekonferenz auf die Rolle der Frauenverteidigungseinheiten im Kampf gegen den IS ein. Sie erklärte, dass die Frauen mit an der vordersten Front die Stadt verteidigen. „Der Gedanke, dass die Frauen lediglich an der zweiten Front zu kämpfen haben, gehört der Vergangenheit an. Viele unserer Freundinnen haben in einem heldenhaften Kampf ihr Leben gelassen. Arin Mirxan ist nur ein Beispiel hierfür“, erklärt Dêrik für die YPJ.

Asia Abdullah: Solidaritätskundgebungen am 1. November haben uns große Kraft gegeben

Auch die Co-Vorsitzende der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) Asya Abdullah bestätigte uns gegenüber am 8. November telefonisch aus Kobanê, dass es weiterhin zu heftigen Kämpfen mit dem Islamischen Staat komme. „Während der IS seine Angriffe fortsetzt, versucht er gleichzeitig auch neue Kämpfer um die Stadt herum zu sammeln. Sie schießen mit schwerem Geschütz teilweise aus drei Kilometern Entfernung wahllos in das Stadtzentrum und treffen immer wieder auch Wohngebiete, in denen sich noch Zivilisten aufhalten. Gleichzeitig plündern sie die evakuierten Dörfer in der Umgebung von Kobanê aus. Wir haben durch Augenzeugen mitbekommen, dass sie mit Lastwägen die Häuser ausräumen und die Dörfer zerstören“,

erklärte Abdullah.

Gleichzeitig berichtete sie, dass der IS in der Stadt in den letzten Tagen große Verluste hat hinnehmen müssen, während die YPG und YPJ in gemeinsamer Koordination mit den Peshmerga-Einheiten an Schlagkraft gewonnen haben. Abdullah erneuerte die Forderung nach einem Korridor für Kobanê. „Das Erreichen der Peshmergakräfte bedeutet nicht, dass die Forderung nach einem Korridor sich erledigt hat. Wir brauchen weiterhin diesen Korridor und wir benötigen auch weiterhin die Luftangriffe auf die IS-Stellungen. Die YPG und die YPJ leisten einen großen Widerstand. Aber es muss Wege geben, damit Waffen hierher gelangen. Nur durch einen Korridor kann die Umzinglung der Stadt aufgebrochen werden“, erklärt die PYD-Co-Vorsitzende und fuhr wie folgt fort: „Auch medizinisch brauchen wir hier Unterstützung. Es mangelt an Ärzten und medizinischem Material. Doch die Stadt steht weiterhin unter Isolation. Selbst die Menschen, die nach Kobanê zurückkehren wollen, werden von der Türkei aufgehalten. Auf Menschen aus Nordkurdistan, die sich der YPG oder der YPJ anschließen wollen, schießt das türkische Militär scharf.“

Zum Schluss erklärte Asia Abdullah, dass sie von Kobanê aus die weltweiten Demonstrationen und Kundgebungen am 1. November zum Internationalen Tag der Solidarität mit Kobanê mitverfolgt haben und dass ihnen diese weltweite Solidarität große Kraft gegeben habe. „Wichtig ist, dass die Solidarität

nicht auf den einen Tag beschränkt bleibt. Wir rufen deshalb alle solidarischen Menschen auf, weiterhin an uns zu denken und mit uns zu kämpfen. Der Kampf, den wir hier gegen den IS führen, ist nämlich unser aller gemeinsamer Kampf für eine demokratische und gerechte Zukunft und gegen den Faschismus des IS“, ergänzte sie.

Sie rief außerdem die internationale Presse dazu auf, nach Kobanê zu kommen, um direkt vor Ort über die Lage in der Stadt zu berichten. „Es wird sehr viel über Kobanê berichtet. Das freut uns. Doch es fehlt an Bildern aus der Stadt selbst. Deswegen laden wir die Journalisten dazu ein, hierher zu kommen und von Kobanê aus über Kobanê zu berichten“, so Abdullah.

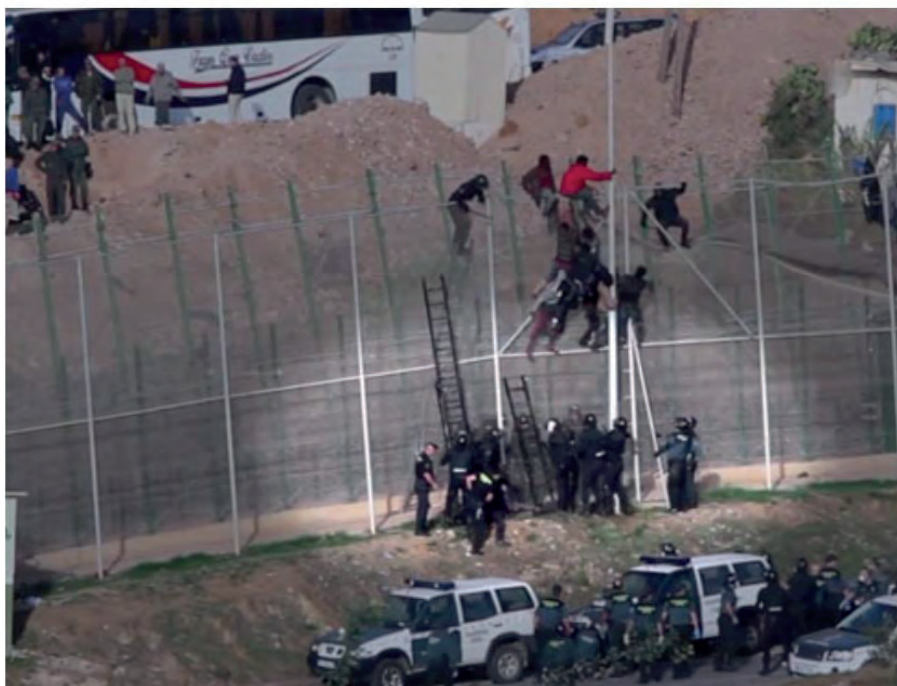
Zwei Zivilisten durch Raketenbeschuss des IS getötet

Unterdessen verlautbarte die YPG in einer Erklärung, dass in den letzten 24 Stunden bei den Kämpfen in Kobanê 38 Mitglieder des IS getötet worden seien. In den Reihen der YPG und YPJ seien insgesamt acht Kämpferinnen und Kämpfer bei der Verteidigung der Stadt ums Leben gekommen. Auch durch die Unterstützung der schweren Waffen der Peshmerga-Einheiten habe man an der Ostfront wichtige Erfolge gegen den IS erzielen können. Infolge der schweren Verluste habe der IS mehrere Raketen in das Stadtzentrum von Kobanê abgefeuert. „Dadurch sind zwei Zivilisten getötet und vier weitere verletzt worden“ heißt es in der Erklärung.

<http://civaka-azad.org>

Spanien: Expressabschiebungen in der Kritik

Die Zurückweisung von Flüchtlingen an der Grenze der spanischen Exklave Melilla an Marokkos Küste gerät zunehmend in die Kritik



Der Wechsel der Europäischen Kommission zum 1. November wurde im spanischen Innenministerium mit Erleichterung aufgenommen. Denn die Nachfragen und die Kritik der EU-Kommissarin für Innenpolitik, Cecilia Malmström, wurden zunehmend hartnäckiger und lästiger für die Verantwortlichen einer Abschottungspraxis an der spanischen Südgrenze der Europäischen Union, die es weder mit den eigenen noch den europäischen Gesetzen allzu genau nimmt, wenn es die rabiate Nichtaufnahme von Flüchtlingen geht. Es gibt zunehmend Videoaufnahmen antirassistischer Gruppen aus Melilla, die das brutale Vorgehen der spanischen Grenzpolizei gegen Flüchtlinge dokumentieren, welche die Grenzbefestigungsanlagen um Melilla zu überwinden versuchen. Insbesondere von der NGO Pro.De.In – Für die Rechte der Kinder –, welche Ende Oktober Aufnahmen veröffentlichten, die nicht nach Prüfung eines Asylan-

trags aussehen. Dany, ein 23-jähriger Kameruner, ist dort zu sehen. Gemeinsam mit etwa 300 anderen Flüchtlingen versuchte er am 15. Oktober, über den dritten, inneren, sechs Meter hohen Grenzzaun zu klettern. Ein großes Aufgebot der paramilitärischen Guardia Civil war schnell zur Stelle, zwang die Flüchtlinge vom Zaun herunterzusteigen. Noch auf der Leiter wurden sie mit Gummiknüppeln geschlagen. Zu sehen ist, wie Dany mehrere Meter tief fällt, weiter auf ihn eingeschlagen wird. Reglos wird er von spanischen Polizeibeamten vom Zaun weg getragen. Sie versuchen, ihn aufzurichten, er klappt bewusstlos zusammen. Dann tragen sie ihn zu viert durch eine Tür im äußeren Zaun auf die marokkanische Seite, wo sie ihn ablegen.

Angeblieh hätte er „passiven Widerstand“ geleistet, erklärt ein Polizeisprecher, nachdem eine Nachrichtenagentur das Video verbreitet hatte. Es seien nur „Ausschnitte, die nicht die ganze Realität zeigen“ würden.

Der Sprecher der NGO Pro.De.In, José Palazón, dokumentiert allerdings seit über elf Jahren, wie in Melilla mit Flüchtlingen umgegangen wird. So konnte er seine Kontakte auch dafür

nutzen, Dany auf der marokkanischen Seite zu treffen, im unwegsamen Gelände des grenznahen Monte Gurugú.

Dany traute sich nicht ins Krankenhaus, berichtet aber von Blut im Urin, starken Nierenschmerzen, so José Palazón. Und führte Journalisten zu einem Freund von Alex in das Krankenhaus von Nador. Der 22-jährige erzählt, er habe es nicht so weit geschafft wie Dany, sei schon am marokkanischen Grenzzaun nicht weitergekommen, wo ihn Uniformierte attackiert und ein Bein gebrochen hätten. Es sind solche Berichte, von Pro.De.In wieder und wieder dokumentiert, die in Spanien zunehmend in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden und auch für Empörung in Brüssel sorgen.

„Wir haben die Bilder gesehen und die EU-Kommissarin für Innenpolitik, Cecilia Malmström, hat einen Brief an die spanische Regierung geschickt mit der Bitte um Aufklärung“, erklärte ihr Sprecher Michele Cercone recht deutlich am 31. Oktober auf einer Pressekonzferenz: „Das europäische Recht muss respektiert werden, wenn nicht, müssen die Umstände erklärt werden.“ Seit dem 1. November ist Malmström aber nicht mehr zuständig – sie ist jetzt

Handelskommissarin. Aber auch der neue EU-Kommissar für Innenpolitik und Migration, Dimitris Avramopoulos, wird mit der Abschottungspraxis Spaniens wie auch der anderer EULänder mit Außengrenzen weiter konfrontiert sein.

Als José Miguel Sánchez Tomás den „Bericht über sofortige Zurückweisungen an der Umzäunung von Melilla“ vorstellte, betonte er, dies gerne auf dem Campus der dortigen Universität zu tun. Der Strafrecht an der Universität Rey Juan Carlos in Madrid lehrende hielt im Wechsel mit drei weiteren ProfessorInnen spanischer Hochschulen anschauliche Vorträge über Rechtsbeugung in Melilla. An dem Bericht, in dem es auch um die Zustände im absichtlich völlig überfüllt gehaltenen Auffanglager in Melilla geht, haben zahlreiche antirassistische Gruppen Spaniens mitgearbeitet. Eine Woche lang dokumentierten sie in Melilla vor Ort die Zustände in der alten Festungsstadt. Vor Jahrhunderten wurden Heere abgewehrt, jetzt Flüchtlinge.

Gaston Kirsche,
otzelotl@hotmail.com

Freilassung von Tomas Elgorriaga Kunze!

Keine Auslieferung an Frankreich/Spanien – Respektierung und Fortsetzung des Friedensprozesses im Baskenland

Wie der „Mannheimer Morgen“ sowie inzwischen alle maßgebliche spanische Zeitungen berichten, wurde am Freitag, den 31.10.2014, Tomas Elgorriaga Kunze (51 Jahre) als angebliches Führungsmitglied der baskischen „Untergrundorganisation“ Eta in Mannheim verhaftet. Die Verhaftung erfolgte auf Grund eines internationalen französischen Haftbefehls und der Zusammenarbeit der spanischen, französischen und deutschen Geheimdienste. Die Behauptung, dass Tomas Elgor-

riaga Kunze auf Grund seiner technischen und sprachlichen Kenntnisse der „Ingenieur“ (so die Titulierung in spanischen Zeitungen) von Bombenanschlägen im Baskenland und von vom Ausland aus gesteuerter Logistik sei, wird inzwischen ungeprüft in deutschen Medien einfach übernommen. Dabei ist Tomas Elgorriaga Kunze derzeit an der Freiburger Universität als Assistent beschäftigt.

Das Online-Magazin Telepolis des Heise Verlages (der Heise Verlag ist

Herausgeber fachlich renommierter IT-Zeitschriften wie „IX“ und „c’t“, schreibt dazu (www.heise.de/tp/news/ETA-Fuehrungsmitglied-an-der-Freiburger-Universitaet-2440903.html):

„Doch passt das damit zusammen, dass der angebliche ‚hochrangige Funktionär der baskischen Terrororganisation‘ in Freiburg gelebt hat und dort seit Jahren als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität tätig war?“

Fakt ist, dass der ehemalige Gemein-

XX. Sao Paulo Forum: Resolution für Frieden im Baskenland ... Alle baskischen Gefangenen ins Baskenland!

„Nach fünfzig Jahren eines Szenarios der Gewalt und nach dem Ende der bewaffneten Aktivitäten von ETA im Oktober 2011 erlebt das Baskenland eine neue Zeit der Hoffnung, dass nun ein gerechter und dauerhafter Friede geschaffen werden kann. Wir betonen die beharrliche Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für den sich entwickelnden Friedensprozess. In besonderem Maße die Unterstützung aus Lateinamerika und der Karibik.

Es ist Zeit, Frieden zu schaffen und eine Zukunft auf Menschenrechten, Gerechtigkeit, Wahrheit und Entschädigung für alle, die durch diesen Konflikt Leid erfahren haben, aufzubauen.

Transitional justice (Maßnahmen zur Aufarbeitung des Konflikts) ist nötig, um mehr als 50 Jahre Gewalt, Leid und die Verletzung elementarer Rechte zu verarbeiten. Es ist Zeit, das Recht der baskischen Bevölkerung zu respektieren, ihre Zukunft durch ihre eigene Stimme und ihre eigenen Worte zu entscheiden.

Deshalb fordern die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses XX. Sao Paulo Forums, dass die spanische Regierung die folgenden Schritte unternimmt, um den Frieden zu festigen:

1. Ende der Politik der Zerstreuung (heimatferne Unterbringung), eine willkürliche Maßnahme, die auf baski-

sche Gefangene angewendet wird, und Unterbringung der Gefangenen in Gefängnissen in der Nähe ihrer Familien.

2. Entlassung aller schwer kranken Gefangenen, die nach der aktuellen Gesetzeslage freigelassen werden müssen, um die für die Krankheit erforderliche Behandlung zu ermöglichen.

3. Die unverzügliche Entlassung von Arnaldo Otegi und all derjenigen, die für ihre Meinung oder wegen ihrer politischen Aktivitäten in politischen Parteien, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, sozialen Bewegungen oder als Journalisten inhaftiert sind.

La Paz, Bolivien, 29. August 2014“



Kundgebung im Baskenland – Protest gegen Verhaftung von Tomás Elgorriaga Kunze

derat aus der Kleinstadt Hondarribia vor fast 15 Jahren aus dem Baskenland geflüchtet ist. Er war nach einer Festnahme 1998 tagelang schwer gefoltert worden. Das ist keine Besonderheit, sondern eine Praxis, die auch angesehenen baskische Journalisten treffen kann, deren Zeitungen willkürlich und illegal geschlossen wurden. Die angeblichen Verstrickungen zur ETA stellten sich als haltlos heraus, nicht einmal die unter Folter erzwungenen Geständnisse reichten für Verurteilungen. Spanien wird in diesen Fällen immer einmal wieder vom Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg verurteilt. Erst kürzlich wieder im Fall von zwei baskischen Jugendlichen.

Fakt ist auch, dass Elgorriaga nach seiner Verhaftung bald wieder aus der Untersuchungshaft auf Kautionsentlassung wurde. Vor Prozessbeginn flüchtete er im Jahr 2000. In Abwesenheit wurde er 2003 und 2006 in Frankreich zu geringeren Haftstrafen wegen Mitgliedschaft in der ETA verurteilt. Das sprach nicht für eine zentrale Rolle, die die spanischen Sicherheitskräfte dem Ingenieur als angeblichen Bombenspezialisten der ETA seit langem zuschreiben. Auf diesen Verurteilungen in Abwesenheit basiert der internationale Haftbefehl gegen den Basken. In dessen Freiburger Wohnung wurden bei der Durchsuchung offenbar weder Waffen noch Sprengstoffe gefunden. Nach Angaben des LKAs in Baden-Württemberg wurden nur falsche Papiere und Computer und Datenträger beschlagnahmt.

Wie Telepolis in Erfahrung bringen konnte, war die Behandlung durch die deutsche Polizei bei der Festnahme nicht die, die der Baske aus Spanien

in Erinnerung hatte. Er leistete keinen Widerstand und sei korrekt von den deutschen Beamten behandelt worden. Am Samstag wurde er einem Haftrichter in Mannheim unter Begleitung seines Stuttgarter Rechtsanwalts Andreas Baier vorgeführt. Baier erklärte, Elgorriaga habe vor dem Richter nur seinen Namen bestätigt, aber alle weiteren Aussagen verweigert. Im Anschluss wurde er in ein Mannheimer Gefängnis überstellt, ist dort wurde aber nicht isoliert worden, sondern befindet sich derzeit Normalhaft. Das zentrale Ziel der Familie ist, die Auslieferung des Basken an Frankreich zu verhindern. Denn Frankreich schiebt Basken ohne zu zögern nach Spanien weiter, obwohl Spanien auch vor der UNO immer wieder wegen Folter angeklagt wird. Die Familie befürchtet, dass Elgorriaga dort erneut schwere Folter droht. Unterstützt wird sie in der Forderung von der baskischen Linkspartei Sortu. Sie hat die deutsche Regierung aufgerufen, die „gegen den Friedensprozess gerichtete Strategie der spanischen Regierung“ nicht durch eine Auslieferung zu unterstützen.“

Thomas Elgorriaga Kunze wird u.a. von den deutschen Behörden vorgeworfen, bei seiner Festnahme gefälschte Papiere bei sich gehabt haben.

Tatsächlich wichtig ist aber doch folgendes: seit 2011 gibt es die Hoffnung auf Aussöhnung zwischen den unterschiedlichen Interessen im Baskenland durch den Friedensprozess zwischen baskischer Befreiungsbewegung und spanischer Regierung.

In diesem Sinne stellt sich die Frage, was veranlasst die spanischen und in deren Gefolge die französischen und deutschen Geheimdienste, die Verfol-

gung von Thomas Elgorriaga Kunze plötzlich aufzunehmen? Wer will uns weiß machen, man habe seine Arbeit in der Freiburger Universität bisher nicht gekannt? 15 Jahre habe Thomas Elgorriaga Kunze im „Untergrund“ („El Pais“) gelebt (und geht an der Freiburger Universität ein und aus?) Wie passt denn das zusammen? Das glaubt doch niemand.

Zu vermuten ist, mit den Separationsbewegungen in Katalonien ist das Thema Abspaltung der reicheren und/oder der wirtschaftlich besser gestellten Regionen in Spanien wieder virulent. Dazu gehört auch das Baskenland.

Sicher, auch wir sind eher der Meinung, dass die Abspaltung besser gestellter Regionen in Ländern, die wie Spanien, Frankreich oder Italien, die um den sozialen Ausgleich ihrer Regionen in den nun mal bestehenden nationalen Grenzen ringen, eher keine Lösung ist. Und freilich, wir respektieren aber auch die Bestrebungen nach regionaler Selbstständigkeit. Aber eine Lösung ist die separierende Abspaltung doch wohl auch nicht.

Und deshalb heißt die Lösung erst Recht – wie offensichtlich in Schottland sogar nach dem Referendum von der britischen Regierung erkannt wurde, und wie es von den kämpfenden Kurdinnen und Kurden in Kobane/Rojava schon seit Längerem vertreten wird – mehr kommunale, regionale Rechte der Selbstorganisation in einem Europa der Regionen.

Und das heißt auch: Freilassung von Thomas Elgorriaga Kunze – keine Auslieferung an Frankreich/Spanien – Respektierung und Fortsetzung des Friedensprozesses im Baskenland!

Christoph Cornides, Kommunalinfo MA

Italien: Stahlarbeiter gegen Stellenabbau

Bei einer Demonstration in Rom gegen den geplanten Stellenabbau im ThyssenKrupp-Stahlwerk Acciai Speciali Terni (AST), dem größten Arbeitgeber in der Region Umbrien, sind vier Arbeiter und mehrere ArbeitnehmerInnenvertreter der Metallgewerkschaft FIOM verletzt worden. Ohne erkennbaren Anlass hat die Polizei mit Schlagstöcken auf die friedlich demonstrierenden Stahlarbeiter eingeschlagen. „Sobald sich der Demonstrationszug in Bewegung setzte, sind wir ohne Grund angegriffen worden. Auch ich habe die Schläge der Polizisten abbekommen. Einige unserer Leute mussten ins Krankenhaus“, erzählt FIOM-Sekretär Maurizio Landini. Nun wollen die AST-Arbeiter am 31. Oktober mit einem dreistündigen Streik gegen das Vorgehen der Polizei protestieren. Bereits am 26.10. hatten in Rom Hunderttausende Demonstranten aus ganz Italien gegen die geplante Arbeitsmarktreform von Ministerpräsident Matteo Renzi protestiert. Die Reform sieht unter anderem eine Lockerung des Kündigungsschutzes und die Preisgabe von ArbeitnehmerInnenrechten vor.

Quelle: <http://www.proge.at>, 30.10.2014

Österreich: Lohnerhöhungen in der Metallindustrie

Die 120 000 Beschäftigten der Maschinen- und Metallwarenindustrie erhalten ab 1. November 2,1 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Den Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp gelang am 29. Oktober in der vierten Verhandlungsrunde die Forderungen des Fachverbandes (FMMI) – unter anderem das Einfrieren der Mindestlöhne bzw. Grundgehälter und Zulagen sowie das Heranziehen der EU-Inflation von 0,5 Prozent als Basis für Kollektivvertragsverhandlungen – abzuwehren und einen Abschluss zu erzielen. Der Abschluss im Detail: Löhne und Gehälter: + 2,1 %; Lehrlingsentschädigungen: + 2,1 %; Aufwandsentschädigungen: + 1,7 %; Zulagen: + 1,7 %; Neuer Mindestlohn: 1.724,17 Euro. Der Abschluss gilt ab 1. November 2014, die Geltungsdauer beträgt zwölf Monate.

Quelle: <http://www.proge.at>, 28.10.2014

Frankreich: Streik in Luxushotels gegen niedrige Löhne

Luxushotels in Paris werden von einer Welle von Streiks über Niedriglöhne getroffen. Unter anderem beteiligt sich das Personal des „Deluxe Royal Monceau“, wo die Präsidentensuite 25 000 Euro pro Nacht kostet. Zimmermädchen, Kammerdiener, Barkeeper, Köche und andere Mitarbeiter pro-

testieren für bessere Löhne, mit dem Argument, dass die Hotels, in denen Zimmer pro Nacht mehr kosten als ihre Jahresgehälter, es sich leisten können, ein besseres Angebot zu machen. Die Erfolge bei zwei Pariser Hyatt Hotels, in denen nach mehreren Tagen Streiks eine bessere Bezahlung ausgehandelt wurde, haben die Proteste in anderen Luxushotels neu belebt.

Quelle: Collective Bargaining issue 22.10.2014

Schweiz: Bei Coop höhere Mindestlöhne

Die Lohnverhandlungen zwischen Syna und Coop konnten mit individuellen Lohnerhöhungen und der Erhöhung der Mindestlöhne abgeschlossen werden. Coop stellt für das kommende Jahr ein Prozent der Lohnsumme zur Verfügung. Syna akzeptiert diese Lösung, bedauert jedoch, dass nicht alle Mitarbeitenden davon profitieren werden. Neben dem individuell verteilbaren Lohnkredit schließen dieses Jahr die Lohnverhandlungen mit Coop mit einer Erhöhung der Mindestlöhne ab. Coop erhöht den tiefsten Referenzlohn um 50 Franken (41,50 Euro) auf 3850 (3.195 Euro) Franken. In diese Kategorie fallen alle diejenigen Mitarbeitenden, welche keine Ausbildung absolviert haben. Die weiteren Mindestlöhne für die Mitarbeitenden mit Berufsbildung werden um je 100 (83 Euro) Franken angehoben. Für Syna ist dies ein Schritt in die richtige Richtung, denn Bildung muss sich lohnen. Dieser Grundsatz wurde von Coop umgesetzt. Für Syna ist wichtig, dass die Erhöhungsmöglichkeit breit verteilt wird. Denn gerade ältere Mitarbeitende oder Angestellte mit tieferen Salären laufen Gefahr, trotz guter Arbeitsleistung leer auszugehen. Syna wird die Ausführung der Lohnerhöhungen überwachen.

Quelle: <http://www.syna.ch>, 21.10.2014

USA: Arbeitnehmerrechte bei Zara respektieren

Inditex genießt einen weltweiten Ruf genießt als sozial verantwortliches Unternehmen. Der Konzern hat u.a. ein globales Abkommen mit UNI Global Union unterzeichnet und sich dazu verpflichtet, die Rechte seiner Beschäftigten weltweit zu respektieren. Und in vielen Ländern können die Beschäftigten von Zara und anderen Inditex-Marken die Rechte, die ihnen

in diesem globalen Abkommen garantiert werden, tatsächlich nutzen. Wir waren deshalb sehr überrascht, von der Haltung des Unternehmens in den USA zu erfahren. Zara-Mitarbeiter in den USA berichten von schlechten Dienstplänen mit zu wenig Stunden, von mangelnden Aufstiegsmöglichkeiten für Schwarze, von Armutslöhnen. Die Geschäftsleitung in New York City habe de facto die Zahl ihrer Arbeitsstunden auf 25 pro Woche gedeckelt, um sie nicht krankenversichern zu müssen. Im Unterschied zu anderen Ländern weigert sich Inditex in den USA, das globale Abkommen in die Praxis umzusetzen. In den USA gesteht Inditex den Beschäftigten nicht – wie in anderen Ländern – das Recht auf freie Wahl einer Gewerkschaft zu, falls sie das wünschen.

Quelle: <http://www.labourstartcampaigns.net>, 29.10.2014

Ungarn: Angriff auf Bildungsgewerkschaft

Der lange Arm der ungarischen Regierung hat die Klassenzimmer des Landes erreicht, so dass viele Lehrer Angst haben, dass die Behörden den Griff auf den Lehrberuf festziehen und die Rolle der Bildungsgewerkschaften untergraben wollen. Auf Einladung der ungarischen Lehrergewerkschaft (SEH), traf der Education International-Generalsekretär Fred van Leeuwen am 27. und 28. Oktober mit der Gewerkschaftsführung in Budapest zusammen, wo SEH-Präsidentin Piroška Gallo erklärte, dass eine der wichtigsten Herausforderungen der Gewerkschaft der Mangel an einem sozialen Dialog sei: „Wir wollen regelmäßige Verhandlungen und Konsultationen mit den Behörden zu Fragen, die wichtig für die Lehrer sind, und nicht nur zu Zeiten, wenn es einen Konflikt gibt.“ Aber der soziale Dialog scheint nicht auf der Prioritätenliste der Regierung sein. „Die Bildungsreformen von 2013 wurden ohne viel Absprache mit den Gewerkschaften realisiert, und es gibt mehrere Maßnahmen, die korrigiert werden müssen, so u.a. die Lehrerlaufbahn, das Lehrerbewertungsverfahren, die Lohnstruktur und die Zunahme der Arbeitsstunden“, sagte Gallo. Laut SEH wurde die Schulpflicht wurde von 18 auf 16 im Jahr 2013 gesenkt, damit wurden für viele junge Leute ihre Bildungschancen verringert. Die Gewerkschaft ist auch besorgt über die Beschränkung der Berufsfreiheit der Lehrer, denn Reformmaßnahmen weisen der nationalen Regierung eine dominante Rolle bei der Bestimmung des Lehrplans zu und bei der Vorschrift zur Anwendung bestimmter Lehrbücher und Unterrichtsmethoden. „Der Staat hat den Klassenraum betreten“, sagte Gallo. Sie macht sich Sorgen, dass



die jüngste Gründung einer „Lehrerkammer“ durch ungarischen Behörden, einen weiteren Versuch darstellt, um den Griff auf den Lehrerberuf zu verschärfen und die Rolle der Bildungsgewerkschaften zu untergraben. Denn alle 123 000 ungarischen Lehrer wurden eingeladen, der „Lehrerkammer“ beizutreten,

Quelle: <http://www.ei-ie.org>, 28.10.2014

USA: Faule Äpfel im Lehrerzimmer?

Lehrerinnen und Lehrer und ihre Gewerkschaften in den USA sind empört über ein Titelbild des Nachrichtenmagazins „Time“, das einen Hammer und einen Apfel mit folgendem Text abbildet: „Faule Äpfel. Es ist fast unmöglich, schlechte Lehrer zu entlassen. Einige Technologie-Millionäre scheinen einen Weg gefunden zu haben, dies zu ändern.“ „Mir wurde übel, als ich das heute sah“, sagte die Vorsitzende der American Federation of Teachers (AFT), Randi Weingarten. „Dieser „Time“-Titel trägt nicht zu einer ernsthaften Diskussion über Lösungen für die Probleme in unseren Schulen bei. Er ist gemacht, um zu provozieren und zu verkaufen.“ Mit dem „Time“-Titel erreicht die Negativberichterstattung über Lehrkräfte und das öffentliche Bildungswesen in den USA einen neuen Höhepunkt. Dabei geht es nur vordergründig um den Kündigungsschutz, den Lehrkräfte in den USA aufgrund von Tarifverträgen und Gesetzen haben und der angeblich dazu führt, dass Lehrkräfte nicht entlassen werden können. Die beiden US-Lehrergewerkschaften NEA und AFT, die zusammen etwa 4,5 Mio. Mitglieder haben und rund neunzig Prozent der Lehrerinnen und Lehrer in den USA vertreten, setzen sich gegen die Demontage des öffentlichen Bildungswesens und die fortgesetzten Angriffe auf die Profession des Lehrberufs zur Wehr. AFT-Vorsitzende Randi Weingarten hat „Time“ Magazin aufgefordert, sich zu entschuldigen. „Dieser ärgerliche Titel entspricht nicht einmal dem Inhalt im Heft. Während der Textbeitrag kritisch über Kündigungsschutz berichtet, beleuchtet er gleichzeitig auch die Verbindungen der Test-Industrie zum Silicon Valley und hinterfragt die Motive der reichen Sponsoren bei ihren Klagen gegen den Kündigungsschutz.“

Quelle: <http://www.gew.de>, 29.10.2014

Indonesien: Todesfälle in Grasberg-Mine

Rio Tinto ist eine 1873 gegründete multinationale Bergbaugesellschaft. Sie ist eines der drei größten Abbaunternehmen der Welt sowie seit der Übernahme von Alcan der weltweit führende Aluminiumproduzent. Die Gewerkschaft IndustriALL fordert Rio Tinto

auf, öffentlich zu machen, was es tun wird, um der Zahl der Todesfälle in der Grasberg-Mine in Indonesien ein Ende zu bereiten. Die indonesische Gewerkschaft hat angekündigt, einen einmonatigen Streik in der Mine ab 6. November durchzuführen, wenn das Minenmanagement nicht bereit ist, die Verantwortung für die Todesfälle zu übernehmen und sicherzustellen, dass solche Katastrophen nicht wieder passieren. Fünf Bergleute starben in der Kupfer- und Goldmine im September 2014. Damit erhöhte sich die Gesamtzahl in den letzten zwei Jahren auf 38 ums Leben gekommene Minenarbeiter. Die Mine ist im Mehrheitsbesitz der Freeport. Rio Tinto gab keine öffentliche Erklärung zu den beiden jüngsten tödlichen Zwischenfällen auf Grasberg ab. „Das ist nicht akzeptabel für ein Unternehmen, das behauptet, alles für die Sicherheit seiner Arbeitnehmer zu tun“, sagte der stellvertretende Generalsekretär Kemal Özkan von IndustriALL. „Rio Tinto hat uns in privaten Gesprächen mitgeteilt, dass Freeport und nicht Rio Tinto Grasberg verwaltet und dass sie sich bei Freeport dafür einsetzen wollen, dass die Sicherheitsleistung verbessert werden. Doch angesichts von Rio Tintos riesiger Beteiligung an der Mine, ist einfach nicht glaubwürdig, jede Verantwortung für den Tod zu leugnen“, sagte Özkan.

Quelle: <http://www.industrialunion.org>, 31.10.2014

Norwegen: Flugrechte für Qatar Airways aberkennen

In Norwegen hat die der ITF (Internationale Transportarbeiter-Föderation) angeschlossene Gewerkschaft Parat an die norwegischen Behörden appelliert, Qatar Airways den Flugbetrieb in Norwegen zu untersagen, da die Fluggesellschaft „die Rechte ihrer Beschäftigten systematisch untergrabe“. Schon seit langem macht die Parat auf die schlechten Arbeitsbedingungen bei Qatar Airways aufmerksam. Ihre Kritik wird nun von einem neuen Buch des norwegischen Journalisten Pål Vegard Hagesæther untermauert, das darlegt, wie das Privatleben des Kabinenpersonals bei Qatar Airways durch strenge Vorschriften reglementiert wird. Das Buch mit dem Titel „Fritt fall“ (Freier Fall) enthüllt zahlreiche Rechtsverletzungen. So werden Flugbegleiterinnen bei Schwangerschaft entlassen, der Gewerkschaftsbeitritt ist den Angestellten verboten. Alle Beschäftigten müssen in Wohnungen des Unternehmens leben und zwischen vier und sieben Uhr zuhause sein, selbst wenn sie am folgenden Tag nicht zur Arbeit eingeteilt sind. Darüber hinaus gelten Einschränkungen im Hinblick auf Besucher/innen und Besuchszeiten.

Die Angestellten müssen Dreijahresverträge unterzeichnen und dürfen in dieser Zeit weder heiraten noch Kinder bekommen oder sich scheiden lassen. Dazu der stellvertretende Parat-Vorsitzende Vegard Einan: „Die Praktiken von Qatar Airways verletzen IAO-Übereinkommen und verstoßen gegen das Freihandelsabkommen zwischen Norwegen und dem Golf-Kooperationsrat. Sie gefährden den fairen Wettbewerb in der Zivilluftfahrt, der ebenfalls auf menschenwürdigen Beschäftigungsbedingungen basiert.“ „Unsere Forderung an Qatar Airways nach Veränderungen darf nicht als Protektionismus missverstanden werden, um Wettbewerber von den europäischen und norwegischen Märkten fernzuhalten. Die Tür zu unserem Markt ist der faire Wettbewerb. Die Aberkennung des Flugrechts von Qatar Airways in Norwegen würde an andere Fluggesellschaften das klare Signal aussenden, dass wir solche Verletzungen von Arbeitnehmer/innenrechten nicht hinnehmen.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 31.10.2014

USA: T-Mobile unterläuft internationale Standards

Im Unternehmen T-Mobile US werden internationale Arbeitsstandards unterlaufen. Arbeitnehmern wird häufig ihr Recht auf Vereinigungsfreiheit verwehrt, gewerkschaftlich engagierte Beschäftigte werden oft drangsaliert und diskriminiert. Beschäftigten, die sich bei T-Mobile US für Arbeitnehmerrechte einsetzen, droht Mobbing oder gar Kündigung. Ständige Schikanen und Demütigungen sind an der Tagesordnung. Eine nun von Verdi und anderen gestartete Petition hat zum Ziel, diesen Zustand zu beenden. Sie fordert die Bundesregierung dazu auf, aktiv dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmerrechte und internationale Arbeitsstandards auch bei T-Mobile US eingehalten werden. Die T-Mobile US operiert zwar im Ausland, gehört aber überwiegend der Deutschen Telekom AG. Die Deutsche Telekom verweist immer wieder mit Stolz auf ihre internen arbeitsrechtlichen Regelwerke wie den „Code of Conduct“ und die „Guiding Principals“ (Leitlinien), die in Deutschland auch eingehalten werden. Die Bundesrepublik Deutschland besitzt einen großen Teil (31 Prozent) des Unternehmens Deutsche Telekom AG. Sowohl die Bundesregierung als auch die Deutsche Telekom AG sind also in der Pflicht, sich für die internationale Einhaltung rechtlicher Standards einzusetzen. Ein deutsches Unternehmen muss sich auch im Ausland anständig verhalten.

Quelle: http://www.weexpectbetter.org/IMG/pdf/zeichnungsliste_zur_petition.pdf

Verdi mit der Bundeswehr? KÖLN. Mit Transparenten und Argumenten protestierten Kriegsgegner*innen gegen eine Zusammenarbeit ihrer Gewerkschaft mit Jugendoffizieren der Bundeswehr. Sie würden die Vorgehensweise ihrer Gewerkschaft nicht akzeptieren, erklärten Mitglieder von Verdi in Hamburg. Gemeinsam hatten der Verdi-Landesbezirk Nord, die LAG Arbeit und Leben Mecklenburg-Vorpommern sowie die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern mit den Jugendoffizieren Mecklenburg-Vorpommern zu einer Fahr nach Brüssel eingeladen. Die mitfahrenden Gewerkschafter*innen waren sich nicht zu schade, sich im Bundeswehrbus zur Nato nach Brüssel fahren zu lassen. „Krieg beginnt hier“, erklärte ein Teilnehmer der Protestaktion, diese Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Bundeswehr zeige, wie weit eine Durchdringung der Gesellschaft durch das Militär bereits fortgeschritten sei. Für Kriegseinsätze von Bundeswehr und Nato solle so Akzeptanz geschaffen werden. Die Protestierenden fordern ihre Kolleg*innen in den Gewerkschaften auf, solch schleichender Militarisierung aktiv entgegenzutreten. <https://www.dfg-vk.de/willkommen>



Aktion Courage e.V. ist beunruhigt über die Zunahme gewalttätiger antisemitischer Übergriffe in Deutschland

BERLIN. Die Vereinsvorsitzende Sanem Kleff erklärt: „Wir räumen der Bekämpfung der verschiedenen Formen des Antisemitismus einen großen Stellenwert ein. In unserem Leitprojekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ finden an vielen Schulen seit Jahren regelmäßig und zahlreiche Aktivitäten mit Kindern und Jugendlichen zum Thema statt. Wir werden diese Bemühungen nach den Sommerferien in dem Courage-Netzwerk fortführen und intensivieren. In dem jüngst von Aktion Courage e.V. herausgegebenen Handbuch ‚Islam & Schule‘ stellen wir Handlungsansätze vor, wie in der Schule präventiv gegen islamistische, salafistische und dschihadistische Ideologen und Ideologien, bei denen Antisemitismus eine sehr große Rolle spielt, gearbeitet werden kann. Aber auch andere Formen von Ideologien der Ungleichwertigkeit haben für uns weiterhin eine hohe Priorität, denn leider häufen sich neben den antisemitischen Übergriffen auch Übergriffe gegenüber Flüchtlinge und Roma. Auch die zunehmende Muslimfeindschaft bleibt ein wichtiges Thema.“

www.aktioncourage.org/

172 Abgeordnete des Bundestags unterschreiben Manifest von „Deine Stimme gegen Armut“

BERLIN. Anlässlich des heutigen Welttags für menschenwürdige Arbeit über-

reichte die Venro-Kampagne „Deine Stimme gegen Armut“ ihr „Manifest für menschenwürdige Arbeit“ an die Vorsitzenden der Bundestagsausschüsse für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dagmar Wöhlrl (CSU), und für Arbeit und Soziales, Kerstin Griesse (SPD). 172 Abgeordnete des Bundestags haben das Manifest seit Ende April unterzeichnet. Mit ihrer Unterschrift erklären die Abgeordneten ihren politischen Willen, sich politisch dafür einzusetzen, dass alle Menschen sozial abgesichert sind und von ihrer Arbeit leben können.

„Dass über ein Viertel aller Bundestagsabgeordneten fraktionsübergreifend die Wichtigkeit menschenwürdiger Arbeit anerkennt, ist ein starkes Signal. Nun muss es darum gehen, den guten Willen auch politisch umzusetzen“, sagte Albert Eiden, Vorstandsmitglied von Venro. „Die Abgeordneten müssen der Regierung deutlich machen, dass sie Ausbeutung von Menschen nicht hinnehmen. Die Sicherstellung menschenwürdiger Arbeitsverhältnisse muss zu einem zentralen Anliegen gemacht werden und in allen Handelsabkommen verankert werden“, so Eiden weiter. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) arbeiten weltweit 839 Millionen Menschen für unter zwei Dollar am Tag und dies häufig unter miserablen gesundheitsgefährdenden Bedingungen zu Einkommen, von denen sie nicht menschenwürdig leben können. In vielen Ländern werden zudem nicht einmal Grundstandards wie die ILO-Kernarbeitsnormen ein-

gehalten. Selbst in Deutschland zeigt die wachsende Zahl prekär Beschäftigter sowie von Niedriglöhnerinnen und Niedriglöhner, dass auch hier noch Handlungsbedarf besteht.

venro.org/presse/

Sie siedeln in ganz Deutschland: völkische Siedlungsbewegungen

BERLIN. In den vergangenen Jahren nehmen Ansiedlungen der völkischen Rechten im ländlichen Raum zu. Fernab der großen Städte bilden sie hier Gemeinschaften, die ihrem rassistischen Weltbild entsprechen. Eine neue Publikation der Amadeu Antonio Stiftung klärt auf und gibt Handlungsempfehlungen. Mit ihren alternativen Lebenskonzepten fallen die völkischen Siedler/innen kaum auf. Einmal angekommen, etablieren sie sich als achtsame Ökobauern, geschickte Handwerker/innen und hilfsbereite Neuzugänge der Dorfgemeinschaft. In ihrer Umgebung treffen sie häufig auf viel Zustimmung mit ihren ökologischen Konzepten. Gerade das Thema Naturschutz erweist sich hier als Brückenbauer, weil es Menschen quer durch die Gesellschaft beschäftigt. Doch die so genannten völkischen Siedler verfolgen noch andere Interessen, denn dahinter verbirgt sich eine rechtsextreme Ideologie. In deren Vorstellung dient Naturschutz lediglich dazu, eine „deutsche Volksgemeinschaft“ und ihren „Lebensraum“ zu erhalten. Darin haben Vielfalt, Gleichberechtigung und Weltoffenheit keinen Platz. Nur vereinzelt sind Nachbarschaft und Kommunen im Bilde, wer in so manchen Dorf nach und nach Häuser, Grundstücke und Felder aufkauft. Eine schleichende Normalisierung erreichen die Siedler/innen durch ihr Wirken in regionalen Projekten, Vereinen und sogar Erziehungseinrichtungen und Kirchenstrukturen. Hier bekommen sie Anerkennung und verbreiten geschickt ihre rassistische Ideologie.

Die neue Broschüre „Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum – Basiswissen und Handlungsstrategien“ der Amadeu Antonio Stiftung gibt einen Überblick über die Aktivitäten von Völkischen Siedlern/innen, ihre Argumentationen und Erkennungsmerkmale. Anhand von Alltagssituationen werden Ansätze für Handlungsstrategien gezeigt.

www.amadeu-antonio-stiftung.de/start/

Hilfen für Langzeitarbeitslose: Paritätischer kritisiert Nahles-Vorschläge als „hoffnungslos unterfinanziert“

BERLIN. Tief enttäuscht reagiert der Paritätische Wohlfahrtsverband auf die lang erwartete Präsentation der Vorschläge von Arbeitsministerin Nahles zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland. Der Verband weist darauf hin, dass mit den angekündigten Beschäftigungsprogrammen

men gerade einmal rund 4 Prozent der Langzeitarbeitslosen erreicht werden. Der Paritätische fordert einen finanzpolitischen Kurswechsel und eine massive Aufstockung der Mittel für Langzeitarbeitslose.

„Alle Vorschläge von Frau Nahles sind gut und richtig, aber hoffnungslos unterfinanziert“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. „Mit dem von ihr in Aussicht gestellten Programm-mitteln werden schätzungsweise gerade einmal 40 000 der über eine Million Langzeitarbeitslosen erreicht. Nach den milliarden schweren Kürzungen der Hilfen für Langzeitarbeitslose durch die schwarz-gelbe Koalition bleibt der gut gemeinte Vorstoß der Arbeitsministerin bestenfalls ein sozialdemokratisches Trostpflasterchen.“ Trotz der anhaltend hohen Zahl von Langzeitarbeitslosigkeit betroffener Menschen seien die Beschäftigungsmaßnahmen in den vergangenen drei Jahren tatsächlich mehr als halbiert worden. Um ein echtes Hilfsprogramm auf die Beine zu stellen, das geeignet wäre, die Zahl der Langzeitarbeitslosen deutlich unter die Eine-Million-Marke zu drücken, bedarf es nach Schätzungen des Paritätischen eines zusätzlichen Finanzvolumens von mindestens drei Milliarden Euro. „Das Tabu der Steuererhöhungen führt einmal mehr zur arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Handlungsunfähigkeit dieser Koalition“, so Schneider. Der Verband appelliert an die Große Koalition, „das Ruder herumzureißen“ und das steuerpolitische Tabu endlich auf den Prüfstand zu stellen. „Zusätzlich muss sich die Bundesregierung endlich dazu durchringen, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren“, so Schneider. Es müsse die Möglichkeit geschaffen werden, Leistungen zum Lebensunterhalt bei Bedarf auch für einen aktiven Lohnkostenzuschuss zu verwenden (Passiv-Aktiv-Transfer).

www.der-paritaetische.de

Abstimmung über Gentechnik-Regulierung verschoben

BERLIN. Der Umweltausschuss des Europaparlaments sollte morgen über seine Verhandlungsposition zum sogenannten Opt-Out abstimmen, das die bisherige Praxis der Gentechnik-Anbauverbote verändern soll. Kommende Woche sollten dann die Verhandlungen mit den Regierungen beginnen. Doch die Entscheidung wurde auf nächsten Dienstag vertagt. Das teilte der Ausschuss auf seiner Website mit. Beim Opt-Out geht es um die Frage, ob und unter welchen Bedingungen Mitgliedstaaten der EU künftig den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen untersagen können. Verbände aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz haben die Parlamentarier

aufgefordert, sich für deutliche Verbesserungen an den Entwürfen der Ratspräsidentenschaft einzusetzen. Ansonsten drohe mehr statt weniger Gentechnik auf dem Acker. Nachdem der Umweltausschuss über seine Position entschieden hat, wird seine Berichterstatterin – die belgische Liberale Frédérique Ries – mit den nationalen Regierungen und der EU-Kommission verhandeln.

www.keine-gentechnik.de/

.ausgestrahlt macht Vorschlag für geändertes Atommüll-Gesetz

HAMBURG. Zur heutigen Anhörung in der Atommüll-Kommission zur Evaluation des Endlagersuchgesetzes erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt: „Warum wir, genau wie Greenpeace, die BI Lüchow-Dannenberg und unzählige weitere mit dem Thema Atommüll befasste Bürgerinitiativen, der Kommission nicht als Feigenblatt für ihre Arbeit zur Verfügung stehen, haben wir in der letzten Woche bereits öffentlich gemacht. Trotzdem sind wir gerne bereit, Mitverantwortung für ein Problem zu übernehmen, das wir nicht geschaffen haben.“

Wir haben konkrete Vorstellungen, wie das Gesetz geändert werden müsste, damit eine gesellschaftliche Verständigung in Sachen Atommüll möglich wird. Die wesentlichen Punkte sind:

- Das Gesetz sollte reduziert werden auf die Einsetzung einer Kommission, die das Verfahren entwickelt, mit dem die gesellschaftlichen Konflikte um die Atommüll-Lagerung überwunden werden und mit dem die größtmögliche Sicherheit bei der langfristigen Lagerung radioaktiver Stoffe erreicht werden kann.

- Alle weiteren Schritte des Verfahrens aus dem bisherigen Gesetz sollten gestrichen werden, damit die Kommission die Freiheit hat, dieses Verfahren völlig neu zu gestalten.

- Die Kommission soll von Anfang an eine breite mitbestimmende Beteiligung der allgemeinen Öffentlichkeit einerseits und insbesondere der derzeit und potentiell von der Atommüll-Lagerung Betroffenen andererseits an ihrer Arbeit organisieren.

- Die Kommission entscheidet alle Fragen im Konsens.

- Die Kommission setzt sich zusammen aus VertreterInnen des Bundestages, der Bundesregierung, der Landesregierungen, der Atomwirtschaft, Jugend-VertreterInnen, der Anti-Atom-Bewegung und VertreterInnen der Standorte, an denen derzeit Atommüll lagert und der Standorte, an denen potentiell Atommüll gelagert werden könnte.

- Die Kommission einigt sich einvernehmlich darauf, von welchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sie sich beraten lassen möchte.

- Die Kommission einigt sich einver-

nehmlich auf Vorsitzende, die das Vertrauen aller Mitglieder genießen und die über Erfahrung in der Moderation von Konsens-Prozessen verfügen.

- Die Kommission bekommt so viel Zeit, wie sie benötigt, um ihre Aufgabe zu erfüllen.

- Ergebnis der Kommissions-Arbeit ist ein Verfahrens- und damit Gesetzesvorschlag, der dann vom Bundestag und Bundesrat beschlossen werden kann.“

<https://www.ausgestrahlt.de>

Störfall vor 35 Jahren veränderte Bayer-Politik

DORMAGEN. Für viele Dormagener waren es heute vor genau 35 Jahren beklemmende Stunden, voller Angst und Ungewissheit: Als am 7. November 1979, einem Mittwoch, im Dormagener Bayer-Werk eine Anlage zur Herstellung von Pflanzenschutzmitteln in Brand geriet, trat dabei eine Gaswolke aus, die einen extrem üblen Geruch über die Stadt und die umliegenden Kommunen legte. Der Gestank war so heftig, dass Menschen in Panik gerieten. Schließlich wussten sie zu diesem Zeitpunkt nicht, ob Gesundheitsgefahren von der Wolke ausgingen. Wie sich herausstellte, handelte es sich bei dem ausgetretenen Stoff um das Pflanzenschutzmittel Gusanthion, doch es dauerte eine ganze Weile, bis Ruhe einkehrte. Der Austritt der Gaswolke beschäftigte sogar den Deutschen Bundestag. Auf eine Anfrage des Neussers Abgeordneten Heinz Günther Hüscher (CDU) zu dem Störfall antwortete der Parlamentarische Staatssekretär Andreas von Schoeler am 14. November 1979 u.a.: Auch bei ungünstigen Annahmen könne unterstellt werden, dass Gesundheitsgefahren für die in Werksnähe wohnenden Menschen nicht aufgetreten seien (...) Und: „Der Ausbruch der Gaswolke in Dormagen hat erneut die Notwendigkeit und die Dringlichkeit der in Vorbereitung befindlichen Störfall-Verordnung aufgezeigt (...)“. Doch nicht nur nahm die Politik die Chemieindustrie nachfolgend an die Kande, auch der Bayer-Konzern veränderte sich. Der damalige Dormagener Werkleiter Walter Bayer intensivierte die von seinem Vorgänger Werner Unger begonnene Öffnung des Unternehmens nach außen. Die Menschen, vor allem die direkten Nachbarn, sollten wieder Vertrauen zu Bayer gewinnen. Der Autor Karl-Heinz Engler vertritt in dem Buch „Dormagen und sein Werk 1917–1992“ indirekt die These, dass sich seit dem Störfall von 1979 die Öffentlichkeitsarbeit des Konzerns einschneidend vertiefte: Unger, Bayer „und ihre Nachfolger luden und laden nicht nur die Presse ins Werk, sondern beispielsweise auch Kommunalpolitiker und Bürgervereine, um gemeinsam Probleme, Absichten, Wünsche zu besprechen“.

<http://www.cbgnetwork.org/>

Der gewaltsame HoGeSA Aufmarsch in Köln

Neue Strategie von Nationalismus und Patriotismus offenbart das Versagen der staatlichen Organe

Am Sonntag, dem 26. Oktober, beherrschten für einige Stunden Neonazis und Hooligans den öffentlichen Raum der Kölner Innenstadt. Sie verbreiteten Angst und Schrecken. Die Polizei war beeindruckt und ließ den randalierenden Mob gewähren. Die antifaschistische Gegendemonstration hatte schon von Anfang an Abstand zu den Gewaltbereiten gesucht und den Protest aufs Symbolische verlegt und zog dann in die entgegengesetzte Richtung ab, nachdem klar wurde, dass ein Selbstschutz nicht ausreichen würde, die eigene Veranstaltung zu schützen.

So etwas hat es in Köln seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben. 2008 demonstrierten 30 000 gegen die Anti-Islam-Konferenz von pro Köln, zu der keine

Euro schützen, die HoGeSa Deutschland vor den Salafisten. Das sind gemeinsame Strategien eines nationalistischen Lagers mit patriotischen Einsprengseln. Die HoGeSA erklärte nach dem Kölner Aufmarsch: „Bei uns sind die Dicken und die Dummen genauso willkommen wie die Schönen und die Schläuen, denn uns eint ein gemeinsames Ziel: Wir kämpfen für Deutschland gegen die Landnahme durch radikale Salafisten und all ihren Unterstützern, wo diese auch sitzen mögen!“¹

Patriotismus ist in Europa für viele Menschen ein positiver Begriff, der auch aktuell an Anziehung gewinnt. Der Front National in Frankreich erstarkt immer weiter, weil er den französischen Patriotismus bedient. Die

rechtspopulistische & rechtsextreme Strategie reicht weit ins bürgerliche Lager. Kampfbegriffe wie „gegen die Landnahme“ weckt vergangene Geschichten: „Gegen das Versailler Friedensdiktat“ nach dem 1. Weltkrieg und „Deutschland in den Grenzen von 1937“ nach dem 2. Weltkrieg.

Der Versammlungsleiter der HoGeSA in Köln, Andreas Kraul, erklärte nach der Veranstaltung in Facebook, „dass er ‚noch nie Ambitionen‘ hatte, sich ‚mit rechtsextremen Neonazis in welcher Form auch immer zusammen zu schließen‘ und bis vor einigen Wochen noch nie gedacht habe, dass ihn ‚jemand so betiteln würde‘. Es sei kein Neonazis, er sein ein Patriot.“³

Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ nimmt diese Aussage auseinander und berichtet, dass Andreas Kraul ein Lied eines Neonazi-Rappers eingestellt hat u.a. „Für unser deutsches Land ziehen wir heute in den Kampf! Ihr erwartet Dank, hier ziehen treue Deutsche die Waffen. Wahrheit macht frei. Befreit euch von der Lüge schnell! ...“³

Dazu kommen der aktuelle Terror und die Annexionen der ISIS in Kurdistan, Syrien und dem Irak. Die rechtspopulistischen & rechtsextremen Patrioten rühren den Terror der ISIS, den Islam und die Salafisten in einen Topf. Daraus

entsteht ein nicht zu unterschätzendes Feindbild, mit denen sie auch Migranten ansprechen.

Das brutale und gewalttätige Auftreten der HoGeSA ist auch damit zu erklären, dass in Nazikreisen die Vorstellung besteht, dass der Gewalt der ISIS nur durch eine höhere Form von Gewalt begegnet werden kann. Das bezeichnen sie dann als „Mut“, und das mobilisiert Rechtsextreme und Hooligans in einem Umfang, wie wir es bisher nicht kannten.

Die Strategie der staatlichen Organe und der NRW-Polizei

Vor diesem Hintergrund ist der Einsatz der Kölner Polizei beim HoGeSA-Aufmarsch ein Trauerspiel und macht deutlich, dass die Polizei Rechtspopu-



Hundert Rechtsextreme erschienen.

Mit der Kölner Veranstaltung der HoGeSA hat eine neue Stufe der Formierung des Rechtspopulismus & Rechtsextremismus in der Deutschland begonnen. Es bildet sich mit der AfD eine rechtspopulistische Bundespartei heraus und parallel dazu formiert sich eine schlagende Verbindung, ein Art gewalttätiger Arm von Nazis, Hooligans und gescheiterten Rechtsformationen wie NPD, pro nrw und Kameradschaften. Auch wenn beide Flügel nicht unmittelbar abgesprochen agieren, wirken sie zusammen im öffentlichen Raum.

Gemeinsame nationalistische und patriotische Strategien

Die AfD will die Deutschen vor dem

FAZ bemerkte erst kürzlich, dass die französische Bourgeoisie völlig korrupt ist und sich viele Menschen abwenden. Le Pen knüpft mit ihrem Patriotismus da an und bekommt auch einen Zugang zu den vielen Französischen und Franzosen, die eine koloniale Vergangenheit haben.

„In Mitteleuropa hat sich der Patriotismus aus dem revolutionär verstandenen Liberalismus und Nationalismus des Bürgertums entwickelt, das gegen den Feudalismus einen demokratisch verfassten Nationalstaat anstrebte.“²

ISIS-Terror als Vorbild?

Es wäre vermessen, nationale und patriotische Strategien zu belächeln oder die HoGeSA als Dumpfbacken zu bezeichnen. Die gemeinsame

lismus & Rechtsextremismus weiterhin unterschätzt und nicht versteht. Vor der Demonstration war auch der Kölner Polizei annähernd klar, dass die HoGeSa eine große Gewaltbereitschaft bündelt. Ich habe den Polizeipräsidenten persönlich am 22. Oktober auf verbotene Symbole der Waffen-SS hingewiesen, mit denen die HoGeSa in abgewandelter Form für die Veranstaltung warb. Polizeipräsident Albers hielt ein Verbot der Veranstaltung nicht für möglich, ging aber zu diesem Zeitpunkt von „2000 und mehr“ gewaltbereiten Demonstranten aus.

Auf Grund dieser Fakten vom 22.10. hätte die Polizei mindestens 2000 Polizisten einsetzen müssen. Sie setzte aber nur 1300 ein. Sie hätte ein Konzept entwickeln müssen, wie sie die Veranstaltung der HoGeSa noch zu Beginn oder während der Veranstaltung hätte verbieten können. Es wurden keine weiträumigen Kontrollpunkte errichtet. Noch nicht einmal Platzverweise wegen zu starkem Alkoholgebrauch wurden erlassen, geschweige denn gab es Verhaftungen von Neonazis, die den Hitlergruß zeigten. Mag sein, dass die Polizei sich mit den 4800 HoGeSa-Anhängern total verschätzte. Sie hatte zu keinem Zeitpunkt eine wirksame

Strategie, einen derartig gewaltsamen Aufmarsch in den Griff zu bekommen.

Zivilisten und Journalisten wurden gewalttätig angegriffen und der „Kölner Stadt-Anzeiger“ bemerkt zu Recht, dass es zum Glück keine Tote gegeben habe.⁴

Aufklären und personelle Konsequenzen

Vor diesem Hintergrund von einem erfolgreichen Polizeieinsatz zu sprechen, ist schon weltfremd und fahrlässig. Innenminister Jäger und Polizeipräsident Albers wollen den Konflikt aussitzen. Das wird ihnen aber nicht gelingen, weil sie es zu weit getrieben haben:

Mit einem Großaufgebot überfiel die Polizei am 6. November um 6 Uhr morgens die Flüchtlingsunterkunft in der Herkulesstraße in Köln-Ehrenfeld. Dabei waren mehr Polizeibeamte im Einsatz als auf der Demonstration „Hooligans gegen Salafisten“. Im Flüchtlingswohnheim leben 640 Flüchtlinge, mindestens 300 davon sind Kinder und Jugendliche, und damit wurden alle Personen unter Generalverdacht gestellt.

Schwarz gekleidete Polizisten umstellten die Gebäude und drangen in die Zimmer ein. Insgesamt sollen vier Intensivtäter gefasst worden sein.

Menschen, die vor kurzen noch auf der Flucht waren, wurden mit einem massiven Polizeiaufgebot konfrontiert. Bei den vielen unschuldigen Flüchtlingen und Kindern und Jugendlichen wird eine erneute Traumatisierung anscheinend in Kauf genommen und das Kindeswohl vernachlässigt. Unvorstellbar, dass den Verantwortlichen hier die Hemmschwelle fehlt.

Anscheinend hat sich seit dem Versagen der Staatsorgane gegenüber den NSU-Verbrechen nichts geändert. Migranten und Flüchtlinge werden mit unverhältnismäßigen Mitteln verfolgt, Rechtsextreme dürfen beinahe ungestraft Menschen einschüchtern und verletzen. Schon allein die Zahl der eingesetzten Beamten spricht in jeder Hinsicht Bände. Polizei und Innenminister wollen von eigenen Fehlern nichts wissen und stellen sich nicht der Diskussion. Das ist kein gutes Zeichen für den kürzlich beschlossenen NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag. Das dürfen sich die Stadtgesellschaft und auch der Kölner Rat nicht gefallen lassen. *Jörg Detjen*

1 <http://hogesa.info/?p=32>

2 <http://de.wikipedia.org/wiki/Patriotismus>

3 FAS, vom 2. November

4 Kölner Stadt Anzeiger vom 5.11.2014

Die AfD im Mannheimer Gemeinderat

Die AfD Mannheim hatte sich bereits während des Kommunalwahlkampfes durch rechtspopulistische und rassistische Inhalte positioniert. Nun trägt sie ihr Weltbild provokativ in den Gemeinderat- und in die Ausschussarbeit hinein. Fraglich ist nur, inwieweit in einer Stadt wie Mannheim in dem inzwischen 60% der Kinder einen Migrationshintergrund haben, solche rassistische Hetze noch tragbar ist. Obwohl in Bezug auf den Umgang mit den NPDler Hehl alle Fraktionen sich schnell einigen konnten, scheint es in Bezug auf die AfD bis dato wenig Konsens in den Fraktionen zu herrschen.

Die Brandbreite der Reaktionen auf die AfD trifft von „ignorieren“ bis hin zu „tolerieren“. Um aber eine gemeinsame Lösung im Umgang mit der AfD herauszuarbeiten und vor allem rassistische Propaganda zu verhindern, ist es wichtig die AfD genau zu beobachten und ggf. entsprechende Maßnahmen zu treffen. Hier nur einige der AfD Positionen, die ich bisher in Mannheim mitbekommen habe.

Während der Speed-Dating-Wahlkampfveranstaltungen äußerte sich der AfD-Kandidat C. Nielsen zu Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Forum zum Thema Ausbildungsplatzsuche „Männer aus moslemischen

Kulturen können genetisch bedingt nur körperliche Arbeiten tätigen, daher sollten sie sich an solchen Berufe (Bauarbeiter usw.) orientieren“. Auf einer weiteren Speed-Dating-Veranstaltung meinte Herr H. Lambert: „Die AfD ist nicht fremdenfeindlich, die Linke und die Antifa betreiben im Internet Diffamierungskampagnen gegen die AfD.“

Nach diesem Einstieg im Wahlkampf präsentiert uns nun der Vorsitzende der AfD Will ganz offen seine hinterwäldlerischen und rassistischen Ansichten im Gemeinderat. Bei der Abstimmung zur Vorlage des Integrationsplans der Stadt „Entwicklungsplan Bildung und Integration: Ziele, Kennzahlen und Zielwerte“ kritisierte der AfDler Will die Mehrsprachigkeit im Integrationsplan der Stadt: „Die Amtssprache in Mannheim ist immer noch Deutsch, und die deutsche Sprache stirbt bald aus. Mehrsprachigkeit ist unnötig und verursacht zu viele Kosten. Wenn, dann sollte es gegen Schwarzfahren in Bussen usw. eingesetzt werden“. Zu der Migrantenquote von 20% bei städtischen Ausbildungsplätzen, die die Interkulturalität in der Verwaltung fördern soll, meinte Will: „Die deutschen Bewerber werden hier diskriminiert und können sich nicht mehr bei der Stadt bewerben.“

In einer Hauptausschuss-Sitzung zu der Thematik Prostitution in der Stadt äußerte sich die AfD: „Am Problem Prostitution ist nur die Einwanderung schuld!“ Wenn man bedenkt, dass bei der AfD-Liste zu den Gemeinderatswahlen auch vier Kriminaloberkommissare angetreten sind, ist es offensichtlich, wie solche Hetze bei der AfD produziert wird.

Unabhängig von der rassistischen Hetze hat die AfD im Gemeinderat bisher kaum fachliche Inhalte oder Diskussionen gebracht. Im Moment können wir nur abwarten, wie sich die AfD hier weiter entwickelt. Inzwischen hat sich eine AfD-Hochschulgruppe an der Universität Mannheim gebildet, die Veranstaltungen mit AfD-Politikern oder AfD-nahen Referenten an der Universität plant. Für die Linke Mannheim ist es ganz klar, dass die AfD unter dem Deckmantel der wirtschaftlichen und europakritischen Themen Boden für ihre rassistische Hetze und Propaganda sucht. Die AfD-Propaganda muss ÜBERALL, ob im Gemeinderat, an der Universität oder auch auf der Straße, verhindert werden. Hierfür wird sich die Linke Mannheim weiterhin stark machen! *Gökay Akbulut – Linke-Stadträtin im Gemeinderat Mannheim, KIM*

Essen: Stadtrat beschließt Standards für Flüchtlings-Erstaufnahmeeinrichtung

Das Land Nordrhein-Westfalen möchte, dass die Stadt Essen auf dem Gelände einer ehemaligen Molkerei, dem sog. „Kutel“-Gelände, eine neue Erstaufnahmeeinrichtung des Landes für Flüchtlinge baut. Das Land soll Betreiber und Träger der Einrichtung werden und sie kostendeckend von der Stadt mieten.

Diese Erstaufnahmeeinrichtung soll als „Pilotereinrichtung“ nach modernsten Unterbringungsstandards erfolgen. Zumindest wenn es nach dem Willen des Rates der Stadt Essen geht. Dieser hat Ende Oktober auf Initiative der Ratsfraktion Die Linke einen gemeinsamen Antrag von CDU, EBB, FDP, Grüne, Linke und SPD verabschiedet, in dem umfassende Standards für diese Einrichtungen gefordert werden. Damit haben sich alle Fraktionen bis auf die Parteipiraten beteiligt. Diese wollten sich mit einem eigenen Antrag profilieren, statt sich für die Durchsetzung menschlicher Versorgungsstandards gegenüber dem Land NRW stark zu machen.

Mit dem beschlossenen Antrag ist die Stadtspitze darauf verpflichtet worden, die im Projektbericht „Unterbringung von Asylbewerbern in nordrhein-westfälische Aufnahmeeinrichtungen“ des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW zur Grundlage für die Verhandlungen mit dem Land zu machen. Zu diesen Mindeststandards gehören die Berücksichtigung individueller Hintergründe der Flüchtlinge, eine ausreichende Intimsphäre, Hygiene- und Versorgungsstandards, Kinderbetreuung, Betreuung durch Sozialarbeiter sowie Räume zur Flüchtlingsberatung von unabhängigen Organisationen, etc. Der Projektbericht ist ein Arbeitsergebnis innerhalb des Ministeriums und nimmt auch Positionen der Flüchtlingsbewegung auf, die dortigen Standards sind aber nicht verpflichtend. Wegen dieser fehlenden gesetzlichen Grundlage ist es für die Flüchtlinge wichtig, dass es jetzt wenigstens einen Ratsbeschluss dazu gibt. Das Land NRW ist stark unter Druck, schnell neue Erstaufnahmeeinrichtungen zu schaffen. Die Verhandlungsposition der Stadt gegenüber dem Land ist so recht gut. Es steht zu erwarten, dass in

Essen deutlich verbesserte Unterbringungsstandards durchgesetzt werden können. Die Umsetzung einheitlicher Standards verweigert die rot-grüne Landesregierung weiterhin vor allem aus fiskalischen Gründen.

Erst im September sind die Fraktionen von Grüne und Die Linke mit einem ähnlichen Antrag im Rat der Stadt Essen gescheitert (s. PB 10/14). Dieser Antrag hat die in dem Projektbericht genannten Standards auch eingefordert und sollte die Höchstaufnahmehzahl auf dem „Kutel“-Gelände bei 500 Flüchtlinge begrenzen, statt wie vom Land geplant bei 800. Besonders CDU und SPD haben in ihrer Ablehnung darauf verwiesen, dass der Antrag überflüssig sei und es ausreichende Standards bei der Flüchtlingsunterbringung geben würde. Ein paar Tage später wurden skandalöse Misshandlungen von Flüchtlingen in Landeseinrichtungen (u.a. in Burbach) bekannt, die diese Behauptungen widerlegten und zu einem Umdenken führte.

Die Fraktion Die Linke sieht noch weitere Baustellen bei der Flüchtlingsunterbringung der Stadt selber. So sind nach wie vor Flüchtlinge in Behelfsunterkünften in Schulen untergebracht,

die aber wegen der großen Räume und der fehlenden Privatsphäre nicht zumutbar und auch von den örtlichen Flüchtlingsinitiativen abgelehnt werden. Sozialdezernent Peter Renzel (CDU) hat in der Ratssitzung auf Anfrage der Fraktionsvorsitzenden der linken Fraktion, Gabriele Giesecke, zwar zugesagt, dass die Stadt diese Einrichtungen so schnell wie möglich „vom Netz nehmen“ will, spätestens bis zum Winter 2015/016. Er hat aber schon einen Tag nach der Ratssitzung diese Zusage in der Presse in Frage gestellt. Die Ratsfraktion Die Linke fordert deshalb von der Verwaltung die Schaffung von weiteren Übergangswohnheimen für die Flüchtlinge, die nicht in Wohnungen untergebracht werden können. Der Leerzug der Schulen soll möglichst schnell sichergestellt werden, das wird Die Linke für die November-Ratssitzung beantragen. Ob das wieder mit einem gemeinsamen Antrag fast aller oder vieler Fraktionen gelingen wird, ist noch offen.

Thorsten Jannoff



Mehr tun für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge! HAMBURG. Dass am Wochenende mindestens fünf minderjährige Flüchtlinge an mehreren Orten in der Umgebung der Reeperbahn offenbar systematisch brutal zusammengeschlagen und zum Teil schwer verletzt wurden, ist nicht hinnehmbar. Mehrere Zeitungen berichteten, dass die Täter von Zuhälterkreisen beauftragt wurden, die damit ein „Zeichen“ gegen sich vermeintlich häufende Taschendiebstähle bei Freiern setzen wollten. Unsere Solidarität gilt den jugendlichen Flüchtlingen, die sich noch immer in Krankenhäusern befinden. Bei den Betroffenen handelte es sich um minderjährige unbegleitete Flüchtlinge. Dass diese sich auch auf dem Kiez aufhalten, weil sie genötigt sind, mit allen Mitteln um ihre Versorgung zu kämpfen, hat Ursachen: Flüchtlinge haben in der Bundesrepublik grundsätzlich kaum eine Möglichkeit existenzsichernd zu arbeiten – oder ihre Familien in den Heimatländern zu unterstützen. In Hamburg gibt es zudem weder genügend Unterkünfte für Flüchtlinge, noch eine ausreichende soziale und psychologische Betreuung. Insbesondere für minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge müssen stabile Verhältnisse, Ausbildungsplätze sowie Bildungsangebote und Freizeitangebote zur Verfügung gestellt werden. Damit die Kinder und Jugendlichen eine Zukunftsperspektive entwickeln können, muss ihnen zudem ein existenzsichernder finanzieller Rahmen gegeben werden. „Die direkten und indirekten Folgen der verfehlten Flüchtlingspolitik der Hansestadt Hamburg werden zunehmend gravierender und sichtbarer. Mindeststandards zu gewähren, ist eine Frage des politischen Willens. Die notwendigen Ressourcen dafür wären vorhanden. In Hamburg stehen mehr als 2000 Wohneinheiten leer. Über 40000 werden als Büroräume zweckentfremdet. Auch wofür die vorhandenen Haushaltsressourcen ausgegeben werden, entscheidet der Senat,“ so Haas weiter. „Statt in Prestigeprojekte zu investieren und die Subventionierung von Bauunternehmen zu betreiben, sollte der Senat menschenwürdige Bedingungen für die Menschen in Hamburg schaffen. Dazu gehört auch Flüchtlingen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.“

www.die-linke-hamburg.de

Die gesundheitliche Versorgung der Flüchtlinge verbessern: MÜNCHEN. Antrag von Linke und ÖDP im Stadtrat: Die gesundheitliche Versorgung der Flüchtlinge verbessern: Die Stadt München unterstützt die Einrich-

tung von ärztlichen Ambulatorien für Erwachsene, Kinder und Jugendliche im Erstaufnahmebereich Der Stadtrat möge beschließen: Der Stadtrat unterstützt die Bemühungen des Referats für Gesundheit und Umwelt, über die Erst-Untersuchungen im Auftrag der Regierung von Oberbayern hinaus, in der Erstaufnahme-Einrichtung „Bayernkaserne“ die ärztliche Versorgung zu verbessern. Insbesondere werden Möglichkeiten geschaffen, damit ehrenamtliche Ärzte, Kinderärzte und Hebammen, die gerne helfen wollen, auch angemessen praktizieren können. Wenigstens drei adäquate und geeignete Container mit Grundausstattung sollten aufgestellt werden oder andere räumliche Lösungen schnell realisiert werden. Begründung: Die Tagung des Gesundheitsbeirats der Landeshauptstadt „Medizinische Versorgung von Flüchtlingen in München“ am 15. Oktober 2015 verdeutlichte, wie erschütternd die Zustände in den bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen Zirndorf und Bayernkaserne München derzeit sind. Gerade die durch die langen und furchterlichen Fluchtwege geschwächten Menschen brauchen schnelle gesundheitliche Versorgung, die über die reine Überprüfung, ob Ansteckungsgefahr bestehe, hinausgeht. Freiwillige Helfer, darunter ein einziger Kinderarzt und eine Hebamme in der Bayernkaserne, berichten von gravierenden Defiziten, insbesondere bei der Versorgung von Schwangeren, Kindern und Neugeborenen (im Schnitt kommt dort zur Zeit täglich ein Kind zur Welt!). Ärzte haben sich zu einem eigenen Verein zusammengeschlossen, um koordiniert ihre Hilfe anbieten zu können, die zuständige Regierung von Oberbayern scheint jedoch noch immer nicht in der Lage zu sein, solche Angebote anders als mit Verweis auf „das Regelsystem“ zu beantworten und zu integrieren. Die beiden Koordinierungsstellen der Stadt im Sozialreferat, das Sachgebiet „Bürgerschaftliches Engagement“ und die Fachstelle „Gesellschaftliches Engagement von Firmen“ müssen ergänzt werden durch eine entsprechende Einrichtung beim Referat für Gesundheit und Umwelt. www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Neuer Wohnungsbericht: Günstige Wohnungen fehlen, Investoren zielen auf hohe Mieten. KÖLN. Das Amt für Wohnungswesen stellt mit seinem aktuellen Arbeitsbericht „Wohnen in Köln“ die Situation auf dem Kölner Wohnungsmarkt dar. Das Wohngeld erreicht in den letzten Jahren immer weniger Menschen. Die Grenzen für den Anspruch auf Wohngeld wurden seit Jahren nicht an Mietsteigerungen und die Lohnentwicklung angepasst. Das ausgezahlte Wohngeld sank daher

von 21,14 Mio. in 2010 auf 15,21 Mio. in 2013. Jörg Detjen, Fraktionssprecher und Mitglied des Sozialausschusses dazu: „Innerhalb von drei Jahren ist die Auszahlung von Wohngeld in Köln um fast 30 Prozent gesunken – und das bei ständig steigenden Mieten! Die Berechtigungsgrenzen müssen dringend angepasst werden, damit diejenigen, die darauf angewiesen sind, auch Wohngeld erhalten!“ Der Anteil an Sozialwohnungen sinkt wie in den vergangenen Jahren weiter. Nur noch 6,9 % der Mietwohnungen sind in sozialer Bindung. In 2012 waren es noch 7,2 % (2003: 11,9 %). Michael Weisenstein, Mitglied des Rates und des Stadtentwicklungsausschusses, hierzu: „Die Lücke klappt weiter auf: 2013 gab es trotz Neubauten 1000 Sozialwohnungen weniger als 2012. Mit dem Bau von gerade einmal 500 Sozialwohnungen wurde 2013 begonnen. Das erfüllt den Bedarf nicht einmal ansatzweise!“ Neubauten zielen immer mehr auf ein hohes Mietniveau. Hier zeigt sich der allgemeine Anstieg der Mieten in Köln am deutlichsten. Michael Weisenstein betont: „Private Wohnungsunternehmen investieren in hochpreisige Mietwohnungen, denn dort ist das meiste Geld zu machen. Um günstige Wohnungen zu bauen, muss endlich die städteigene GAG aktiver werden und bauen! Die Stadt muss dafür sorgen, dass die GAG hierzu die nötigen Flächen erhält.“ Der im Bericht zitierte Mieterverein weist darauf hin, dass teils deutliche Mietsteigerungen im Zusammenhang mit Modernisierungen stattfinden, die auf die Mieter umgelegt werden können. Michael Weisenstein dazu: „Modernisierungen können für die Mieter dramatische Mietsteigerungen bedeuten. Das ist zum Beispiel beim Adenauerhaus der Fall, deren Mieter sich in Initiativen zusammenschließen um sich zu wehren.“ www.linksfraktion-koeln.de

Schleunigst von Olympiabewerbung Abstand nehmen: BERLIN. Die sportpolitische Sprecherin Gabriele Hiller erklärt: Die Entscheidung des DOSB-Präsidiums, mit einer deutschen Bewerbung für Olympische Spiele 2024 und eventuell 2028 ins Rennen zu gehen, sollte beim Berliner Senat alle Alarmglocken schrillen lassen. So ist das Festhalten des DOSB am Ziel einer Olympia-Bewerbung für 2024 vollkommen unverständlich, da der Deutsche Fußballverband für das gleiche Jahr bereits eine Bewerbung zur Austragung der Fußball-EM anstrebt. Das DOSB-Präsidium ignoriert mit seiner Festlegung die notwendige Bewertung der in Aussicht gestellten Reformen des IOC ebenso wie die Forderungen nach verfassungsrechtlich legitimierten

Volksbefragungen in den potentiellen Bewerberstädten vor einer Entscheidung. Dem Senat sollte der Wille der Bürgerinnen und Bürger nicht egal sein. Trotz aller Beteuerungen der SPD-CDU-Koalition wartet Berlin bis heute vergeblich auf einen Vorschlag für einen Volksentscheid. Die Linksfraktion sieht sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt und unter den gegenwärtigen Bedingungen durch das Vorgehen des DOSB und die Reaktionen aus dem Senat in ihrer Ablehnung einer Bewerbung Berlins für Olympia bestätigt. www.die-linke-berlin.de

Deutscher Städtetag zum Maut-Gesetzentwurf: Vorrangig Lkw-Maut ausweiten: OLDENBURG. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, sagte der „Nordwest-Zeitung“: Nach der Vorlage des Gesetzentwurfs zur Pkw-Maut drängt der Deutsche Städtetag darauf, die Lkw-Maut auszuweiten, um höhere Einnahmen für Investitionen in die Verkehrswege zu erzielen. „Der Ansatz des Gesetzentwurfs für eine Infrastrukturabgabe, mehr Mittel für die Verkehrsinfrastruktur zu mobilisieren, ist richtig. Und es ist auch vernünftig, nachteilige Auswirkungen auf grenznahe Regionen zu vermeiden. Der finanzielle Ertrag des Projekts ist gemessen am Aufwand jedoch zu gering. Vorrangig sollte aus Sicht der Städte die Lkw-Maut ausgeweitet werden – und zwar nicht nur auf Bundesstraßen, sondern auf alle Straßen. Das würde zusätzliche Einnahmen von rund 4 Milliarden Euro bringen. Außerdem kann nur so vermieden werden, dass Lkw von den Mautstrecken auf innerstädtische Straßen ausweichen und damit die Menschen und die Verkehrsinfrastruktur in den Städten noch mehr als bislang belasten.“ Articus sagte weiter: „Es gibt dringenden Sanierungsbedarf bei Verkehrswegen von Bund, Ländern und Kommunen. Allein bei den kommunalen Straßen, Brücken und ÖPNV-Anlagen klappt eine Finanzierungslücke von jährlich mindestens 2,7 Milliarden Euro. Mit der Pkw-Maut lässt sich diese Lücke nicht verkleinern. Dazu müssten die Kommunen angemessen am Gesamtaufkommen der Pkw-Maut beteiligt werden.“

www.staedtetag.de

Deutscher Städtetag veröffentlicht Gemeindefinanzbericht 2014: BERLIN. Weil die kritische Finanzlage in einer Reihe von Städten anhält, blickt der Deutsche Städtetag mit großen Erwartungen auf die anstehende Reform der föderalen Finanzbeziehungen. Die Investitionskraft der Städte muss gestärkt und dem Anstieg ihrer Sozialausgaben durch eine Entlastung der

Kommunen begegnet werden, fordern die Städte. Strukturschwache Städte und ihre Regionen benötigen eine besondere Förderung. Der kommunale Spitzenverband untermauerte dies mit Fakten und Analysen aus seinem Gemeindefinanzbericht 2014 unter dem Titel „Finanzbeziehungen neu regeln, Städte stärken“. Zudem legte der Deutsche Städtetag seine Positionen zur „Zukunft der föderalen Finanzbeziehungen“ vor. Der Präsident des Deutschen Städtetages, der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, sagte: „Die Unterschiede zwischen finanzschwachen und finanzstarken Kommunen werden immer gravierender. Viele Städte ächzen unter hohen Schulden und können ihre Haushalte weiter nicht ausgleichen. Was das bedeutet, ist am Zustand zahlreicher Schulen, Straßen und Sporthallen abzulesen. Der Finanzbedarf in den Städten variiert, doch es gibt eine große Gemeinsamkeit: Alle Städte brauchen gesicherte finanzielle Grundlagen für Investitionen in die kommunale Infrastruktur sowie eine Entlastung der Sozialhaushalte. Alle Städte haben zudem ein Interesse an Hilfen für strukturschwache Städte, weil starke regionale Ungleichheit das Selbstverständnis unserer Gesellschaft berührt.“ Besorgniserregend sei sowohl der über Jahre aufgewachsene Investitionsrückstand in den Kommunen, den das KfW-Kommunalpanel auf 118 Milliarden Euro beziffert, als auch die Summe der kommunalen Kassenkredite von bundesweit rund 50 Milliarden Euro. Die Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen zum Jahr 2019 biete die große Chance, die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen besser als bislang zu regeln. Konkret forderte der Städtetags-Präsident Bund und Länder auf, deutlich mehr zu tun, um die Investitionsfähigkeit der Städte zu verbessern. In den Verhandlungen über die Zukunft des Solidaritätszuschlages müsse der kommunale Investitionsbedarf besonders beachtet werden. Allein für die Investitionen in die kommunalen Verkehrswege fehlen jährlich mindestens 2,7 Milliarden Euro – eine Lücke, die durch eine nachhaltige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur geschlossen werden muss. Etwa 60 Prozent der öffentlichen Investitionen sind kommunal. Die Investitionen der Kommunen hängen jedoch stark von ihrer Finanzlage und Region ab. Im Durchschnitt aller Kommunen beliefen sich 2013 die Investitionen auf 278 Euro je Einwohner. In Nordrhein-Westfalen und dem Saarland betrugen sie landesweit betrachtet höchstens 60 Prozent des bundesweiten Durch-

schnitts. Das Investitionsvolumen der bayrischen Kommunen lag insgesamt mit 472 Euro je Einwohner dreimal so hoch wie in Nordrhein-Westfalen. „Die kommunalen Haushalte haben sich von Investitions- zu Sozialhaushalten entwickelt. Im nächsten Jahr erwarten die Kommunen bundesweit einen Anstieg ihrer Sozialausgaben auf mehr als 50 Milliarden Euro. Die Investitionen machen nicht einmal die Hälfte davon aus und werden 2015 voraussichtlich nur bei 22 Milliarden Euro liegen. Die Zusage der großen Koalition, die Kommunen um 5 Milliarden Euro pro Jahr bei den Sozialausgaben zu entlasten, muss deshalb dringend umgesetzt werden. Die Kommunen benötigen die Entlastung noch in dieser Legislaturperiode“, sagte Maly. <http://www.staedtetag.de>

Landkreistag begrüßt Ergebnisse des IT-Gipfels und fordert weitere Anstrengungen beim Breitbandausbau:

BERLIN. Der Deutsche Landkreistag begrüßt das heute im Rahmen des IT-Gipfels in Hamburg verabschiedete Strategiepapier „Anforderungen an die digitale Infrastruktur für intelligente Mobilität“. Der Präsident des Deutschen Landkreistags, Landrat Reinhard Sager (Kreis Ostholstein), der selbst der für diese Fragen zuständigen Arbeitsgruppe angehört, erklärte dazu: „Digitale Infrastrukturen und intelligente Verkehrslösungen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume, gerade auch in Zeiten des demografischen Wandels. Die Verknüpfung der Themenbereiche Datennetze und intelligente Mobilität, wie er im Rahmen der Arbeitsgruppe erstmals praktiziert wurde, ist daher ein richtiger Ansatz.“ Sager verwies in diesem Zusammenhang auf die großen Anstrengungen, die nicht zuletzt die Landkreise unternähmen, um den Breitbandausbau im ländlichen Raum voranzubringen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zeigten ein weiteres Mal, wie wichtig dieser Ausbau sei. „Es ist deutlich geworden, welchen Anforderungen die Netzinfrastruktur sowohl im Festnetz als auch im Mobilfunk genügen muss, um intelligente Verkehrslösungen zu ermöglichen“. Der Ausbau von solchen intelligenten Verkehrslösungen sei aber nur sinnvoll, wenn er flächendeckend erfolge. Intelligente Mobilität setze daher auch im ländlichen Raum leistungsfähige Breitbandnetze voraus. „Es darf keine Versorgungslücken geben, sonst wird die angestrebte Vernetzung nicht gelingen“, unterstrich Präsident Sager. Leider seien diese infrastrukturellen Voraussetzungen heute noch nicht überall gegeben. „Der Breitbandaus-

bau muss daher mit aller Energie vorangetrieben werden. Hier erwarten wir, dass die Bundesregierung nun endlich Nägel mit Köpfen macht.“ Welche Schritte insoweit erforderlich seien, habe der Deutsche Landkreistag erst jüngst in einem gemeinsamen Forderungspapier mit dem Deutschen Bauernverband und dem Zentralverband des deutschen Handwerks dargelegt.

www.landkreistag.de

Flüchtlingsgipfel in Berlin – „Mit mehr Geld allein ist es nicht getan“

BERLIN. Am 28. Oktober fand auf Einladung von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier der internationale Flüchtlingsgipfel statt. Bereits am 23.10.2014 wurden im Kanzleramt die Weichen für den großen Gipfel gestellt. Was können Bund, Länder und Städte künftig besser machen, um den Flüchtlingen zu helfen? Und in welcher Form sollten sich die Bürger engagieren? Ein Dach über dem Kopf, Kleidung, Gesundheitsvorsorge und Essen. Das brauchen Flüchtlinge sofort, wenn sie ankommen. Doch all das ist nur die Erstversorgung. Viele Kommunen sind damit überfordert – und mit mehr Geld allein sei es auch nicht getan, sagte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg im Nordwestradio. Er hoffe, dass die Bundesregierung die richtigen Maßnahmen in Angriff nimmt. Ein Kernpunkt sei, an welchen Orten neue Unterkünfte zur Verfügung gestellt werden können und wie diese finanziert werden sollen. Auch die Bearbeitung der Erstanträge müsse deutlich schneller gehen, sagte Landsberg. Im Moment dauere das Verfahren bis zu neun Monaten. Landsbergs Vorschlag: Eine Art Marshallplan für mehr Erstaufnahmeeinrichtungen und ein Bauprogramm für Flüchtlingsunterkünfte, finanziert von Bund und Ländern. Um schnell die fehlenden Unterkünfte bauen zu können, müsse das Bauplanungsrecht geändert werden, so Landsberg. Noch wichtiger sei allerdings die Einrichtung eines Gesundheitsfonds, denn die Kommunen können die Kosten für die Betreuung der zum Teil schwerstverletzten und traumatisierten Flüchtlinge nicht alleine stemmen. Auf der Seite der Städte und Gemeinden sieht der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes die Pflicht, die Bürger besser zu informieren. Außerdem sollte es möglich sein, dass Flüchtlinge, die neue nach Deutschland kommen, zu ihren Verwandten – die bereits hier sind – ziehen können.

<http://www.dstgb.de>

(Zusammenstellung: ulj)

Alles oder nichts. GDL kämpft um Ausweitung der Vertretungsmacht

Bei dem Tarifkonflikt und dem nur unterbrochenen Streik der Lokführer bei der Deutschen Bahn geht es nur noch am Rande um Einkommen, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen. Diesbezüglich wäre ein neuer Tarifvertrag wahrscheinlich längst unterschrieben.

Nein, es geht um Prinzipien, es geht um Vertretungsmacht. Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) mit ca. 34 000 Mitgliedern konkurriert ge-

gen die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) mit ca. 210 000 Mitgliedern um die Vertretungsmacht bei einem Teil der Belegschaft. Die GDL will auch die Verhandlungsmacht für Beschäftigte, deren Arbeitsbedingungen derzeit durch die Tarifverträge der EVG reguliert werden. Das sind rund 8.800 Zugbegleiter, 2.500 Gastronomen in den Speisewagen, 3.100 Lokrangierführer sowie 2.700 Instrukturen, Trai-

ner und Zugdisponenten. Zusammen mit den rund 20 000 Lokführern sind das 37 000 Beschäftigte. Für die GDL ist das schlicht die Gruppe „Zugpersonal“ und die GDL hätte nach eigenem Bekunden in dieser Gruppe 51 Prozent, also die Mehrheit organisiert. Das Problem: Diese Beschäftigtengruppe ist eine eigenmächtig herbei geführte willkürliche Konstruktion der GDL. Das Kalkül: Die GDL will zu einer all-

Dokumentiert: Aus dem Referentenentwurf des Bundesarbeitsministerium zum „Tarifeinheitgesetz“

A. Problem und Ziel

Ziel des Tarifeinheitgesetzes ist es, die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie zu sichern. Nach Aufgabe des Grundsatzes der Tarifeinheit durch das Bundesarbeitsgericht (BAG v. 7.7.2010 – 4 AZR 549/08) können für dieselbe Beschäftigtengruppe verschiedene Tarifverträge konkurrierender Gewerkschaften gleichzeitig zur Anwendung gelangen (Tarifikollision). Die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie kann durch Tarifikollisionen beeinträchtigt werden. Tarifikollisionen bergen die Gefahr, dass die Koalitionen der ihnen durch Art. 9 Absatz 3 des Grundgesetzes überantworteten und im allgemeinen Interesse liegenden Aufgabe der Ordnung und Befriedung des Arbeitslebens nicht mehr gerecht werden können.

B. Lösung

Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, mit dem Tarifvertragsrecht einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, innerhalb dessen die Koalitionen die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sinnvoll ordnen können. Durch eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit nach dem Mehrheitsprinzip wird der verfassungsrechtlich gewährleistete Koalitionspluralismus in geordnete Bahnen gelenkt. Den Belangen von Minderheitsgewerkschaften wird durch flankierende Verfahrensregelungen Rechnung getragen. (...)

Artikel 1

Änderung des Tarifvertragsgesetzes

Das Tarifvertragsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1323), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 4 wird folgender § 4a eingefügt:
„§ 4a Tarifikollision

(1) Ein Arbeitgeber kann nach § 3 an mehrere Tarifverträge verschiedener Gewerkschaften gebunden sein. Soweit

sich die Geltungsbereiche nicht inhaltsgleicher Tarifverträge verschiedener Gewerkschaften überschneiden (kollidierende Tarifverträge), sind im Betrieb nur die Rechtsnormen des Tarifvertrags derjenigen Gewerkschaft anwendbar, die zum Zeitpunkt des Abschlusses des zuletzt abgeschlossenen kollidierenden Tarifvertrages im Betrieb die meisten Mitglieder hat. Als Betriebe gelten auch ein Betrieb nach § 1 Absatz 1 Satz 2 des Betriebsverfassungsgesetzes und ein durch Tarifvertrag nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 bis Nummer 3 des Betriebsverfassungsgesetzes errichteter Betrieb. (...)

(3) Eine Gewerkschaft kann vom Arbeitgeber oder der Vereinigung der Arbeitgeber die Nachzeichnung eines mit ihrem Tarifvertrag kollidierenden Tarifvertrags verlangen, soweit sich die Geltungsbereiche der Tarifverträge überschneiden. Der Anspruch auf Nachzeichnung beinhaltet den Abschluss eines mit dem kollidierenden Tarifvertrag inhaltsgleichen Tarifvertrags. Die Rechtsnormen eines nach Satz 1 nachgezeichneten Tarifvertrags gelten unmittelbar und zwingend, soweit der Tarifvertrag der nachzeichnenden Gewerkschaft nach Absatz 1 Satz 2 nicht zur Anwendung kommt. (...)

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Ziel des Tarifeinheitgesetzes ist es, die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie durch die Auflösung von Tarifikollisionen zu sichern und damit den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken.

Die Kollision von Tarifverträgen konkurrierender Gewerkschaften beeinträchtigt die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie. Die Tarifautonomie ist darauf angelegt, „die strukturelle Unterlegenheit der einzelnen Arbeitnehmer beim Abschluss von Arbeitsverträgen durch kollektives Handeln auszugleichen und damit ein annähernd gleiche-

wichtiges Aushandeln der Löhne und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen“ (etwa BVerfG vom 26.6.1991 – 1 BvR 779/85, BVerfGE 84, 212). (...) Dabei kommt den Koalitionen die im öffentlichen Interesse liegende Aufgabe zu, innerhalb ihres Bereichs das Arbeitsleben sinnvoll zu ordnen und zu befrieden (etwa BVerfG vom 20.10.1981 – 1 BvR 404/78, BVerfGE 58, 233).

Die Anwendbarkeit kollidierender tariflicher Regelungen im Betrieb beeinträchtigt die Schaffung einer widerspruchsfreien Ordnung der Arbeitsbeziehungen im Betrieb. Insbesondere die Kohärenz des im Betrieb geltenden Entgeltsystems kann beträchtlich in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn Tarifverträge konkurrierender Gewerkschaften nicht aufeinander abgestimmte Bewertungen der Arbeitsleistungen vornehmen. Dabei wird die Verteilungsfunktion der Tarifautonomie gestört, wenn die konkurrierenden Tarifabschlüsse nicht den Wert verschiedener Arbeitsleistung innerhalb einer betrieblichen Gemeinschaft zueinander widerspiegeln, sondern vor allem Ausdruck der jeweiligen Schlüsselpositionen der unterschiedlichen Beschäftigtengruppen im Betriebsablauf sind. (...) Nehmen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit besonderen Schlüsselpositionen in den Betrieben ihre Interessen gesondert wahr, kann dies eine wirksame kollektive Interessenvertretung durch die übrigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die keine besonderen Schlüsselpositionen im Betriebsablauf innehaben, beeinträchtigen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne besondere Schlüsselposition im Betriebsablauf sind dann selbst kollektiv nur noch eingeschränkt in der Lage, auf Augenhöhe mit der Arbeitgeberseite zu verhandeln. Es handelt sich hierbei um einen schleichenden Prozess, dessen – auch gesamtwirtschaftliche – Auswirkungen schon rein faktisch nur schwierig rückgängig gemacht werden könnten.

gemeinen Gewerkschaft bei der Bahn AG werden, nicht mehr auf eine Berufsgruppe, nämlich die der Lokführer, begrenzt. So hofft man, noch größer, noch stärker zu werden. Nur, die durch diesen Schritt provozierten Konflikte mit der EVG lassen sich nicht mehr eindämmen, wie es noch der Fall war, als man lediglich für die Berufsgruppe der Lokführer Verhandlungsmacht beanspruchte. Folgerichtig ist deshalb auch das Kooperationsabkommen mit der EVG aufgekündigt worden.

Die EVG wiederum erklärt, 65 Prozent der Zugbegleiter und 75 Prozent der Lokrangierführer seien bei ihr organisiert und beansprucht deshalb die Verhandlungsmacht. Die Bahn will Tarifkonkurrenz und Tarifkollision vermeiden. Für eine Berufsgruppe soll ihrer Meinung nach nur ein Tarifvertrag gelten. Ist dieser Konflikt überhaupt lösbar?

Zunächst sind keine vergleichbaren Konflikte mit anderen Spartengewerkschaften bekannt. Warum? Weil die anderen Spartengewerkschaften sich bislang auf die Vertretung einer Berufsgruppe beschränken. Das ist der Fall bei einem anderen ehemaligen Staatsunternehmen, der Lufthansa, wo gleich mehrere Berufsgruppen gewerkschaften (Piloten, Kabinenpersonal, Bodenpersonal usw.) sowie die Gewerkschaft Verdi konkurrieren, das ist der Fall im Gesundheitswesen, wo der Marburger Bund die Ärzte und Verdi die übrigen Krankenhausbeschäftigten vertritt, und die gibt es allgemein im öffentlichen Dienst, wo der Beamtenbund auf der einen Seite und Verdi bzw. GEW auf der anderen Seite konkurrieren. Solche Berufsgruppenkonkurrenz ist aus gewerkschaftlicher Sicht nicht wünschenswert, jedoch regulierbar. Hier gibt es zwischen den Gewerkschaften vereinbarte Zuständigkeiten. Kommt es zu Konflikten zwischen allgemeinen, also nicht berufsspezifischen Gewerkschaften, und die gibt es auch zwischen DGB-Gewerkschaften, so wird in der Regel auf Basis des Mehrheitsprinzips entschieden. Darüber hinaus erlauben Tarifgemeinschaften und Kooperation die friedliche Koexistenz unterschiedlicher Gewerkschaften. Es ist rational nicht nachvollziehbar, wieso die GDL sich diesen erprobten und demokratisch legitimierten Verfahren verweigert bzw. eben nur dadurch erklärbar, dass die GDL offenbar beschlossen hat,

künftig mehr sein zu wollen als nur eine „Spartengewerkschaft“.

Tarifeinheit per Gesetz?

Die GDL fürchtet deshalb ganz offensichtlich auch die Wirkung des neuen auf den Weg gebrachten Gesetzes zur Tarifeinheit, so dass aus Sicht der GDL jetzt oder nie schnell neue Vertretungsstrukturen bei der Bahn geschaffen werden sollen, so zu sagen, koste es was es wolle.

Der neue Gesetzesentwurf zur Tarifeinheit aus dem Hause der Arbeitsministerin untermauert jedoch nur das demokratische Prinzip der Mehrheitsentscheidung im Sinne von „mehr Mitglieder“ im Falle von Tarifkollisionen durch mehrere Tarifverträge unterschiedlicher Gewerkschaften in einem Betrieb. Die Thematik von Spartengewerkschaften und Tarifverträgen für einzelne Berufsgruppen wird durch das Gesetzesvorhaben überhaupt nicht tangiert. Darauf verweist auch die EVG zu Recht. Das Tarifeinheitsgesetz werde den Konflikt bei der Bahn nicht lösen, erklärte sie. Dem demokratischen Prinzip der Mehrheitsentscheidung allerdings wird sich auf Dauer auch die GDL nicht entziehen können.

„Wahrscheinlich wäre es in der Tat in einem noch höheren Grad legitim, die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer aller betroffenen Gewerkschaften im Konfliktfall durch eine Abstimmung entscheiden zu lassen, wer die federführende Gewerkschaft bei Tarifverhandlungen sein soll. Das wäre dann die Entscheidung des Souveräns.“

Der Gesetzesentwurf erntet auch Kritik, auch aus den Reihen von DGB-Gewerkschaften. Vielleicht nimmt das Bundesverfassungsgericht sogar Elemente dieser Kritik auf, z.B. dass allein die Zahl der Mitglieder einer Gewerkschaft darüber entscheiden soll, wer die Verhandlungsmacht zugesprochen bekommt. Wahrscheinlich wäre es in der Tat in einem noch höheren Grad legitim, die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer aller betroffenen Gewerkschaften im Konfliktfall durch eine Abstimmung entschei-

den zu lassen, wer die federführende Gewerkschaft bei Tarifverhandlungen sein soll. Das wäre dann die Entscheidung des Souveräns. Die Idee der GDL hingegen, in einem Betrieb in einer Berufsgruppe über unterschiedliche Tarifverträge unterschiedliche Löhne zu zahlen, abhängig davon, in welcher Gewerkschaft der Arbeitnehmer Mitglied ist, gehört verworfen. Solch einen Tarifpluralismus braucht niemand.

Wir dokumentieren anbei (S.17) den Referentenentwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Regelung der Tarifeinheit samt Begründungszusammenhang.

Bruno Rocker, Rüdiger Lötzer

BDI nennt Verhalten der GDL

verantwortungslos. *BDI-Statements, Mi., 5.11.14.* „Das maßlose Verhalten der GDL ist verantwortungslos und führt zu enormen volkswirtschaftlichen Kosten. Ein so langer Streik wird auch zu leeren Lagern führen – und damit zu unkalkulierbaren Risiken von Produktionsausfällen. Der Streik gefährdet die Industrieproduktion, die auf schnelle Lieferzyklen für die zeitkritische Just-in-Time-Produktion angewiesen ist. Unsere Wertschöpfungsketten in Deutschland sind eng miteinander verflochten. Für sie ist ein Streik von dieser Dauer ein immenses Risiko. Besonders hart wird es jene Branchen treffen, die auf die Bahn angewiesen sind, weil sie viele ihrer Transporte nicht auf andere Verkehrsträger verlagern können, wie etwa die Stahl-, die Chemische oder die Automobilindustrie...“, sagte D. Schweer, BDI-Hauptgeschäftsführung.

„Englische Verhältnisse“ – BDA kompakt.

Im Vereinigten Königreich agierten zeitweise weit mehr als 600 kleine und Kleinstgewerkschaften für einzelne Arbeitnehmergruppen. Die Folge war eine stetige Bedrohung der Unternehmen durch Arbeitskämpfe, unabhängig davon, ob und mit welcher Laufzeit sie Tarifvereinbarungen geschlossen hatten. Diese Entwicklung hat den Industriestandort Vereinigtes Königreich nachhaltig geschwächt. Ohne Tarifeinheit kann sich in der Bundesrepublik Vergleichbares ereignen, ... Denn bereits ein Jahr nach der Rechtsprechungsänderung im Jahre 2010 haben sich mehrere Gewerkschaften neu formiert oder ihre Gründung angekündigt, um wie schon bestehende Spartengewerkschaften ihr besonderes Erpressungspotential in den Unternehmen auszunutzen. ...

BDA: Tarifautonomie wird durch tarifeinheitswidrige Streiks ramponiert.

Die., 4.11.14. – Die Arbeitgeber: BDA-Statements „... Was z. B. die GDL aus machtpolitischen Egoismus aufführt, ist ein Vorgeschmack auf das, was uns blühen würde, wenn wir dieser Art der Zerstörung gut funktionierender Tarifpartnerschaft freien Lauf ließen. Wenn eine kleine Minderheit sich der Kooperation mit der Mehrheitsgewerkschaft verweigert, aber jederzeit den ganzen Betrieb stilllegen kann, dann ... dürfen wir dabei nicht weiter zusehen. Ich habe die begründete Erwartung, dass wir heute zum letzten Mal ... die gesetzliche Wiederherstellung der Tarifeinheit, wie sie bis 2010 galt, anmahnen müssen. Die Bundesregierung hat endlich einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der in wesentlichen Teilen dem gemeinsamen Vorschlag von BDA und DGB entspricht. ... Ein Unternehmen ist immer auch ein Solidarverbund: Unternehmer und Arbeitnehmer, ...“ Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer. *Zusammenstellung rst*

Schlüsselprobleme bleiben ungelöst

Von Vitaly Atanasov*, übersetzt von Nelia Vakhovska.

Am 26. Oktober wählten die UkrainerInnen ihr neues Parlament, die Werchowna Rada. Nach dem Urnengang erklärten viele Kommentatoren gleich, dass sich das Land von der alten oligarchischen, korrupten, „pro-russischen“ Politik verabschiedet und dem Westen stärker zugewandt hat. Ist dies tatsächlich wahr?

Die Favoriten dieser Wahlen waren die Parteien Narodnyj Front (Volksfront, 22,14 Prozent), der Block von Petro Poroschenko (21,82 Prozent) und Samopomitsch (Selbsthilfe, 10,97 Prozent). Sie werden die neue Regierungskoalition bilden. Ideologisch stehen sich diese politischen Kräfte sehr nah: Sie sind infolge der Maidan-Proteste und der Flucht des Ex-Präsidenten Viktor Janukowitsch an die Macht gekommen, sie propagieren eine pro-europäische Ausrichtung, wirtschaftlichen Liberalismus, Wertekonservatismus und gemäßigten Nationalismus im Bildungsbereich und setzen sich für die möglichst schnelle Implementierung des Assoziierungsabkommens mit der EU ein.

Die Partei Narodnyj Front des Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk, die das beste Wahlergebnis erzielt hat, hantierte am stärksten mit der Kriegsrhetorik und versprach die Rückgewinnung der verlorenen Territorien im Südosten und den militärischen Sieg. Auf ihren Parteilisten standen der Regierungschef, der Parlamentsvorsitzende, die Innen- und Justizminister der Übergangsregierung und einige Anführer der Freiwilligenbataillone. Eines der wichtigsten Wahlversprechen Jazenjuks war das Errichten einer Mauer entlang der ukrainisch-russischen Grenze, die über 2.000 km lang werden soll. Das Projekt soll „Europäischer Wall“ heißen.

Den zweiten Platz erzielte der präsidentennahe Block von Petro Poroschenko. Diese Partei hat sich als eine eher zurückhaltende Kraft positioniert, ihre Hauptbotschaft im Wahlkampf war der Aufruf zur Einigung des Landes. An der Spitze ihrer Wahllistestand der Kyjiwer Bürgermeister und Ex-Boxer Vitalij Klitschko. Außer ihm standen auf der Parteiliste Schriftsteller, Ärzte, Geschäftsleute und Vertreter der Öffentlichkeit. Ziemlich unerwartet für viele Ukrainer wurde die Wahlkampagne der präsidentennahen Partei von den bekannten Journalisten Mustafa Najem und Sergij Leshchenko unterstützt, die Poroschenko früher scharf kritisiert hatten. Aber je näher der Wahltermin rückte, desto unauffälliger wurde die „befriedende“ Wirkung des Blocks von Petro Poroschenko, und am Ende erschienen auch seine Wahlplakate mit dem offensiven Slogan „Für den Sieg!“.

Die dritte Wahlgewinnerpartei Samopomitsch wird vom amtierenden Bürgermeister von Lwiw, Andrij Sadowyj, angeführt. Er war ein aktiver Euromaidan-Anhänger und ist durch die Protestwelle landesweit berühmt geworden. Seine Partei verspricht, die Korruption zu bekämpfen und sich für die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen einzusetzen. Dabei konnte auch Samopomitsch der Versuchung der Kriegspropaganda nicht widerstehen und nahm den Anführer des Freiwilligenbataillons „Donbass“ in ihre Liste auf, wie es die anderen Wahlfavoriten mit weiteren Bataillonsführern praktiziert hatten.

Der Wahlboykott im Osten

Wegen der Krim-Annexion und der fehlenden staatlichen Kontrolle in einer Reihe von Ortschaften in den Oblasten Luhansk und Donezk wurden lediglich 420 von 450 Abgeordneten gewählt. Es wird davon ausgegangen, dass die anderen 30 Mitglieder der Werchowna Rada dann gewählt werden, wenn die Krim und die ostukrainischen Gebiete von der Kyjiwer Regierung wieder vollständig verwaltet werden. Es ist jedoch nicht klar, wann dies passieren kann.

Selbst in den von der Regierung kontrollierten Gebieten war die Wahlbeteiligung allerdings sehr niedrig – zu den Wahllokalen sind knapp 52 Prozent der Wähler gekommen. Der Grund dafür war ein Boykott der Wahlen durch einen wesentlichen Teil der Bevölkerung in den südöstlichen Oblasten und Transkarpatien. So hat in den Gebieten Luhansk und Donezk nur ein Drittel der registrierten Wählerinnen und Wähler abgestimmt.

Die niedrigste Wahlbeteiligung zeigten die Regionen, die früher am aktivsten Janukowitsch und seine Partei der Regionen unterstützten. Enttäuscht von ihren früheren Leitbildern nach der Flucht des Ex-Präsidenten, vertrauen sie keinen neuen politischen Kräften und lehnten prinzipiell die Idee ab, „Pro-Maidan-Parteien“ zu wählen, die auf ukrainischen Patriotismus und nationale Pietät setzen.

Diejenigen, die dennoch an den Wahlen teilnahmen, haben ihre Stimmen sehr oft dem Oppositionellen Block (9,42 Prozent) gegeben – der Partei, die de facto die Flagge der Partei der Regionen weiter trägt. Zu erwähnen ist auch, dass im neuen Parlament der Oppositionelle Block die einzige politische Kraft ist, die sich zumindest nominell für die Repräsentantin der Interessen der Bevölkerung der südlichen und östlichen Regionen erklärt, die die Maidan-Bewegung nicht akzeptiert. Zählt man die Stimmen für die Partei Sylna Ukraina (Starke Ukraine) von Sergij Ti-

gipko und für die Kommunistische Partei hinzu, dann zeigt sich, dass die Mitglieder der Ex-Regierungskoalition ihre Wählerschaft in den südöstlichen Regionen konsolidieren konnten. Sie haben sich nach schweren Verlusten zu Beginn des Jahres wieder erholt und ihre Ergebnisse wesentlich verbessert.

Diskreditierung der Linken

Mit der Unzufriedenheit des Südostens versuchte auch die Kommunistische Partei (KPU) zu spielen, hatte aber auf aktiven Wahlkampf faktisch verzichtet. Ihr Misserfolg erklärt sich auch dadurch, dass ihre Rhetorik fast keine Unterschiede zu der des Oppositionellen Blocks aufwies. Infolgedessen wird die KPU zum ersten Mal in ihrer Geschichte mit keinem einzigen Abgeordneten in der Werchowna Rada vertreten sein.

Man muss auch anmerken, dass das Versagen der KPU nicht nur mit den Verbotsversuchen und dem öffentlichen Druck seitens der Machthabenden und/oder der politischen Gegner zusammenhängt, sondern auch damit, dass es für die Bürgerinnen und Bürger auf der Krim und in Teilen der Oblaste Donezk und Luhansk unmöglich war, an den Wahlen teilzunehmen. Gerade diese Regionen haben die Kommunistische Partei traditionell stark unterstützt. Diese politische Kraft, die den Begriff Kommunismus für sich instrumentalisierte, pflegte jahrelang enge Beziehungen zu den regierenden Parteien. In der letzten Legislaturperiode arbeitete die KPU mit dem korrupten Regime von Janukowitsch zusammen, was sie letztendlich in den politischen Abgrund geführt hat.

Zu den Wahlen trat auch Der Block linker Kräfte an, der mit dem einflussreichen Geschäftsmann, Ex-Verkehrsminister und Führer der Sozialistischen Partei der Ukraine Mykola Rudkowskyj in Verbindung gebracht wird. Die Wahlkampagne dieser Partei war aber ziemlich undeutlich und schlapp, dazu kam auch der dubiose Ruf Rudkowskyjs, weswegen die Partei nur 0,07 Prozent der Stimmen bekommen hat.

Die vormalige Organisation Borotba hat ihre legale politische Tätigkeit in der Ukraine praktisch eingestellt, nachdem sie den zweifelhaften Ruhm erworben hatte, die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk zu unterstützen. Mindestens zwei Aktivisten der Gruppe wurden in Charkiw und Odessa wegen Terrorismusverdachts in Haft genommen.

Die Anhänger der neuen ukrainischen Linkspartei Sozialistische Ukraine haben sich nicht zur Wahl gestellt, weil sie

dafür weder die organisatorischen noch andere Ressourcen besitzen. Somit wird die Linke im neuen Parlament nicht vertreten sein.

Das Spiel der Rechtsradikalen

Katastrophal waren die Wahlergebnisse auch für die Nationalradikalen aus der Swoboda-Partei. Im Unterschied zu 2012, als die Partei über 10 Prozent der Stimmen erhalten hatte, haben den Nationalisten diesmal einige Prozentzettel gefehlt, um ins Parlament zu gelangen. Das ist eine der wenigen positiven Nachrichten über diese Wahlen.

Damit sind aber die guten Nachrichten auch schon zu Ende: Sechs Swoboda-Abgeordnete sind in Mehrheitswahlkreisen gewählt worden. Außer ihnen sind noch Ultranationalisten aus den anderen Parteien und ein paar Neonazis ins Parlament gekommen. Die Rechtsradikalen sind in den Wahlen nicht mit einem Block angetreten, sondern haben sich auf die Listen der Gewinnerparteien infiltriert oder ihre Unterstützung in den Wahlkreisen genutzt.

Unter den bekanntesten Figuren sind der Führer der „Sozial-Nationalen Versammlung“ (SNA), Andrij Bilezkyj, der sich in einem der Kyjiwer Wahlkreise mit der Unterstützung von Arsenij Jazenjuks Narodnyj Front wählen ließ, und der Anführer des „Rechten Sektors“, der radikale Nationalist Dmytro Jarosch, der in einem Mehrheitswahlkreis erfolgreich war. Jedem von ihnen stehen bewaffnete Milizen zur Verfügung, die formell zum Innenministerium gehören und gegen die pro-russischen Separatisten und Anhänger der sogenannten Donezker und Lugansker Volksrepubliken kämpfen. Außerdem hat es die rechtspopulistische Radikale Partei von Oleg Ljaschko mit 7,44 Prozent ins Parlament geschafft. Auf ihrer Liste gibt es auch einige bekannte Neonazis. So ist es sehr wahrscheinlich, dass die Nationalradikalen ihre eigene Abgeordnetengruppe oder eine Interfraktionsvereinigung bilden, um ihre Tätigkeit in der Werchowna Rada zu konsolidieren.

Bruch mit der Vergangenheit?

Das letzte ukrainische Parlament hat nur zwei Jahre gearbeitet. In den vorgezogenen Wahlen am 26. Oktober hat es die Hälfte der Parteien, die früher dazu gehörten, nicht mehr in die Werchowna Rada geschafft. Bemerkenswert ist auch, dass die national-demokratische Batkiwschtschyna-Partei der Populistin Julia Tymoschenko nur mit Mühe und Not die Fünf-Prozent-Hürde geschafft hat (5,68 Prozent). Nach den Wahlen 2012 hatte Batkiwschtschyna noch die zweitgrößte Fraktion im Parlament bilden können.

Das Versagen der alten Parteien bedeutet allerdings nicht, dass sich die Zu-

sammensetzung der Werchowna Rada radikal erneuert hätte. Viele einflussreiche Personen vom alten Establishment haben ihre Parteibücher gewechselt und sind ins Parlament auf den Listen der neu gegründeten politischen Projekte gekommen, andere gewannen ausreichend Stimmen in den Mehrheitswahlkreisen. Unabhängig davon, für welche Variante sie sich entschieden, hat sie der Wahlkampf massive finanzielle Mittel gekostet. Der Platz auf einer Parteiliste oder der Sieg im Mehrheitswahlkreis können einen gewählten Abgeordneten durchaus ein paar Millionen US-Dollar kosten.

Das zeugt davon, dass trotz öffentlicher Deklarationen und Wünsche der Einfluss der Oligarchen auf den politischen Prozess keineswegs abgenommen hat. Da müsste man mit dem Präsidenten Poroschenko anfangen, der mit einem Vermögen von 1,3 Milliarden US-Dollar zu den Top 10 der reichsten Geschäftsleute der Ukraine gehört. Vor dem Antritt seines neuen Amtes hatte er versprochen, seine Unternehmen zu verkaufen. Aber seitdem ist nie wieder etwas dazu gesagt worden.

Über staatliche Macht und Posten verfügen auch andere Superreiche. Der stellvertretende Leiter der Präsidialverwaltung, Jurij Kosjuk, ist ein einflussreicher Agrarmagnat mit einem Kapital von 1,3 Milliarden US-Dollar. Der Gouverneur des Dnipropetrowsker Oblasts, der sogenannte patriotische Oligarch Igor Kolomojskyj, ist Mitbesitzer der größten ukrainischen Bank und 1,8 Milliarden US-Dollar wert. Auch andere dubiose Personen sind nicht von der Bildfläche verschwunden: Rinat Achmetow (11 Milliarden US-Dollar), Dmytro Firtasch (400 Millionen US-Dollar), Viktor Pintschuk (3 Milliarden US-Dollar) und weitere Superreiche.

Keine der Parlamentsparteien 2014 konnte dem Verdacht entkommen, von den Oligarchen verdeckt finanziert zu werden. Für solche Vorwürfe gibt es genug Gründe. Lobbyisten der Großwirtschaft gibt es praktisch auf allen Parteilisten. Die Beziehungen zu den Großunternehmen zeigen sich auch auf der Ebene der Parteiprogramme: Keine der Gewinnerparteien spricht von einer progressiven Besteuerungsskala, niemand verspricht, Kapitalflucht ins Ausland sowie künstliche Monopole in der Wirtschaft zu verhindern.

Neoliberaler Durchbruch

Unabhängig von den Inhalten einzelner Parteiprogrammen ist klar, dass sich die Menschen auf drastische Kürzungen der sozialen Infrastruktur und den Abbau der sozialen Standards einstellen müssen. Das war übrigens auch das Ziel von Ex-Präsident Viktor Janukowitsch vor einem Jahr, er versuchte aber zu manövrieren und die unpopu-

lären Maßnahmen möglichst spät in die Zukunft aufzuschieben.

Die neue Regierung wird radikal handeln müssen. Der vor kurzem veröffentlichte Entwurf eines Koalitionsabkommens des Blocks von Petro Poroschenko erlaubt es, die öffentlichen Transportunternehmen rasch zu privatisieren, die Anzahl der Krankenhäuser zu reduzieren und Minen zu schließen – das Dokument bereitet den Weg für eine allgemeine Deregulierung der ukrainischen Wirtschaft.

Geplant sind Entlassungen im öffentlichen Dienst, staatliche Subventionen und die Streichung von Steuerschulden für private Unternehmen, ein neues Arbeitsgesetzbuch, das die Entlassung von Arbeitnehmern ohne Absprache mit der Gewerkschaft erlauben soll, die Erhöhung der Gaspreise für die Bevölkerung entsprechend einer Forderung des IWF.

Dabei ist die Lebensqualität in der Ukraine 2014 wesentlich gesunken: Die Haushaltsausgaben für Soziales wurden zugunsten des Militärs umgewidmet, die nationale Währung ist um 85 Prozent entwertet worden, die Preise für Gas, Strom, Wasser sowie für Lebensmittel sind deutlich gestiegen, aber die Gehälter sind die alten geblieben oder sogar gesunken. Ganz zu schweigen davon, dass viele Menschen ihre Arbeitsplätze verloren haben oder unbezahlten Urlaub nehmen mussten (verdeckte Arbeitslosigkeit), viele Familien ihre Wohnungen wegen der Kriegshandlungen im Donbass-Becken verloren haben. Über 800.000 Einwohner der südöstlichen Regionen wurden vertrieben oder flohen, viele davon nach Russland.

Man darf nicht vergessen: Die soziale Unzufriedenheit war eine der wichtigsten tief liegenden Gründe für die Massenproteste gegen Janukowitsch vor einem Jahr. Die Krim-Annexion, der Krieg in der Ostukraine, der Aufstieg der patriotischen Stimmung und nationalistischer Rhetorik haben die sozialen und wirtschaftlichen Fragen zeitweilig überschattet und verdrängt. Aber die Spannungen innerhalb der ukrainischen Staatsführung wachsen, die alten sozialen Widersprüche sind nicht nur nicht behoben, sondern haben sich sogar zuge-spitzt. Die neue Koalition scheint unfähig zu sein, sie zu lösen.

Gesondert hingewiesen sei noch auf den Faktor Russland. Die herrschende Klasse in Russland nutzt die Destabilisierung der Ukraine, um jeglichen politischen Wandel in den Augen der eigenen Bevölkerung zu diskreditieren. Eine solche Destabilisierung ist einfacher möglich durch die starke Abhängigkeit der ukrainischen Wirtschaft vom Import der Energieressourcen und durch das Engagement der russischen Seite in der bewaffneten Konfrontation im Osten der Ukraine.

Oktober 2014

* Vitaly Atanasov ist ukrainischer Journalist und Politikwissenschaftler. Übersetzung aus dem Ukrainischen: Nelia Vakhovska.
<http://www.rosalux.de/publication/40885/parlamentswahlen-in-der-ukraine-schluesselprobleme-bleiben-ungeloest.html>

Landtagswahl 2016: Thesen zur Strategiede- batte in der LINKEN Baden-Württemberg

Diese Thesen entstanden aus der Diskussion im Landesvorstand. Sie wurden beraten im Landesausschuss. Sie dienen der Debatte über die Wahlstrategie und das Wahlprogramm in Vorbereitung des Landtagswahlkampfes 2016. Die Landtagswahl findet voraussichtlich am 16. oder 23. März 2016 statt. (aus Landesinfo Baden-Württemberg, Nov. 2014)

„Mit 42 % läge Grün-Rot knapp vor der CDU, die auf 41 % kommt. FDP, AfD und die Linke würden mit je 4 % den Einzug in den Landtag hauchdünn verpassen.“ (Südwestpresse vom 18.9.2014)

Stärke von MP Kretschmann ist die Schwäche der Koalition

Die Grünen kommen nicht ohne Kretschmann aus, aber Kretschmann kommt ohne die Grünen aus. Ministerpräsident Kretschmann (MPK) hat hohe Zustimmungswerte, gilt als seriöser und bodenständiger Konservativer, der nicht für „linke Experimente“ zur Verfügung steht. Wie kein Anderer bei den Grünen legt er sich medial ins Zeug für einen wirtschaftsliberalen und ökokapitalistischen Standortkurs – aber gegen einen ökosozialen Umbau. Er gilt als harter Gegner einer höheren Besteuerung der Reichen, welche noch im Bundestagswahlprogramm der Grünen gefordert wurde. Die SPD führt als Juniorpartner in der Koalition eher ein Schattendasein. Ihre bekanntesten Personen sind Nils Schmid (Wirtschaft) und Reinhold Gall (Innen). Die stehen nicht für soziale Themen, sondern für Nullverschuldung und Verhinderung von NSU-Aufklärung. Bilkay Öney (Integration) steht für das Versagen der Landesregierung bei der Flüchtlingsaufnahme. Die SPD-Linke in Baden-Württemberg um Hilde Mattheis (MdB) hat sich zerbröselt und an Einfluss verloren. Achillesferse der Koalition ist die Bildungspolitik, mit der nur 38 % der Befragten zufrieden sind, die aber 58 % negativ beurteilen. MPK bekennt sich gegen Sozialtarife bei Energiepreisen und positioniert sich gegen Rot-Rot-Grün in Thüringen. MPK regiert als personifizierte Versöhnung von Konzernkapital mit dem aufgeklärten und liberalen Bildungsbürgertum. Die Grünen setzen voll auf seine Ausstrahlung. Denn nach Umfragen hätte die Koalition aus Grün und SPD nur noch eine knappe Mehrheit im Landtag – aber keine Mehrheit mehr in der Gesellschaft.

Kein Politikwechsel unter Grün-Rot

Grün-Rot wurde mit der Hoffnung auf einen grundlegenden Politikwechsel nach der Abwahl der CDU gewählt. Die Hoffnungen wurden enttäuscht: Lehrerstellenabbau statt Abschied vom selektiven Bildungssystem, Atom-

ausstieg und Energiewende: Fehlangeige, Milliardengrab Stuttgart 21 wird weitergebaut – zu Lasten der Bahn in der Fläche. Der versprochene Politikwechsel blieb aus, „Grün-Rot“ war nur ein Personalwechsel. Insbesondere fehlt der Landesregierung jegliches soziale Profil.

Landesregierung ohne soziales Profil

Mit einer CDU-SPD-Landesregierung hätte es ein gebührenfreies Kitajahr in Baden-Württemberg gegeben. Die CDU hatte im Jahr 2011 bereits Zustimmung signalisiert. MPK dagegen würgte die wichtigste SPD-Forderung nach der letzten Landtagswahl schon beim ersten Koalitionsgespräch ab. Zu einer Abschaffung der Studiengebühren war er bereit, was auch richtig war – aber die Bildungsnebenkosten im unteren Bereich der Gesellschaft stiegen dennoch drastisch an (z.B. Fahrkarten für Schüler und Azubis). Linke, öko-sozialistische, radikaldemokratische und libertäre Parteiströmungen, die einst bei den Grünen aufgegangen waren, führen im grünen Landesverband schon seit Jahren ein randständiges Dasein und wurden mit der Regierungsübernahme restlos entmachtet bzw. in den Bundestag weggeleitet. Arbeitnehmer(innen), Prekariat und Flüchtlinge finden bei den Grünen im Land heute weniger soziale Interessenvertretung als bei SPD und CDU (siehe Entschließung Landkreistag). Die SPD

hat sich mit der Schuldenbremse als oberstes Gebot in der Finanzpolitik von dringenden Investitionen verabschiedet: der soziale Wohnungsbau in den städtischen Zentren ist am Boden. Versprochene Krankenhausinvestitionen bleiben aus. Der Schienenverkehr in der Fläche wurde zugunsten von S-21 vernachlässigt, Verkehrsinfrastruktur und Schulbauten ebenfalls. Im ländlichen Raum fehlt es an öffentlicher Verkehrsinfrastruktur und wohnortnaher Gesundheitsversorgung. Notwendige Maßnahmen der Flüchtlingsunterbringung wurden trotz Warnungen des Landkreistages, von Kirchen und Pro Asyl ein ganzes Jahr lang verweigert; die Lasten einseitig den Kommunen aufgelegt. Beim Vergaberecht: 95 Prozent der öffentlichen Aufträge sind aufgrund der bei 20.000 Euro angesetzten Bagatellgrenze nicht betroffen! Der DGB hat hier einen der größten Kritikpunkte an der Regierung gehabt. Die Folge: trotz Reformvorhaben in der Schulpolitik und Fortschritten beim Vergaberecht verfügt die Landesregierung über kein soziales Profil.

Armut in einem reichen Bundesland

Nach Zahlen des statistischen Landesamtes sind 18 % der Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg von Armut bedroht. Minijobs, Werkverträge, Befristungen sind schon lange keine Randerscheinung mehr nur im Dienstleistungssektor, sondern haben Einzug gefunden in die großen Industriebetriebe, in Gesundheitseinrichtungen, in Kommunalverwaltungen und alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge. Trotz niedrigen Arbeitslosenzahlen ist Baden-Württemberg kein Musterland mehr für gute und sichere Arbeit. Laut DGB hat die Zunahme der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg seine Ursache vor allem in der Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung und prekärer Arbeit. Die Entlohnung von Teilzeitarbeit ist im Verhältnis schlechter als die in Vollzeit. Folge: die Ausbreitung des Niedriglohnsektors nimmt zu. Die Zahl von Minijobs, bei denen keine oder nur geringe Sozialversicherungsansprüche entstehen, hat drastisch zugenommen. Leiharbeit wurde in den letzten Jahren im großen Stil und flächendeckend als Instrument der Lohnsenkung eingesetzt. Die zunehmende Zahl von befristeten Arbeitsverhältnissen sorgt dafür,

■ ■ ■ No. 23, November 2014

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

Landesinfo Baden-Württemberg



Die LINKEN-Abgeordneten Heike Hülse, Annette Groth und Karin Binder besuchten die türkisch-syrische Grenze und rufen auf zur Solidarität mit den flüchtenden Flüchtlingen.

Freihandel Aktionstag gegen TTIP	Heidelberg, Heilbronn Sozialticket ist ein Erfolgsmodell	Syrien/Türkei Suruc/Rojane: Ein Hilferuf
Flüchtlinge Humanität nach Zahlen	Gemeinde-/Kreisräte LINKE stellen sich vor	Landtagswahl 2016 Fahrplan und Debatte
S. 4	S. 12	S. 16
S. 6	S. 13	S. 22

dass junge Menschen, die ins Arbeitsleben eintreten, kaum noch eine Chance auf Lebens- und Familienplanung haben. Trotz Fachkräftemangel und Lehrstellenüberangebot haben viele Jugendliche keinen Zugang zum Ausbildungsmarkt. Normalverdienende Arbeitnehmerinnen müssen in Zentren wie Stuttgart und Freiburg mehr als die Hälfte des Einkommens für Miete und Energiekosten aufbringen. Sozialministerin Altpeter (SPD) will erst 2015 ihren ersten Armuts- und Reichtumsbericht für Baden-Württemberg vorstellen. Bei der Erarbeitung einer vorgesehenen „Charta zur Armutsbekämpfung“ gilt bislang noch: absolute Fehlanzeige. Die Strategie der SPD ist: in der Sache nichts tun, aber im Landtagswahlkampf mit dem Thema punkten.

Grüne und SPD halten nicht was sie versprochen

75 % der Baden-Württemberger sprechen sich für mehr Bildungsinvestitionen aus, nur 19 % halten einen ausgeglichenen Etat für wichtiger. Die Landesregierung hält trotzdem an der Nullverschuldung fest; Haushaltskonsolidierung steht über Strukturpolitik. Notwendige Zukunftsinvestitionen werden geschoben, angeblich um „die folgende Generation nicht zu belasten“. DIE LINKE muss deutlich machen, dass wir mehr staatliche Investitionen brauchen: in Bildung, Verkehrsinfrastruktur und Energiewende und dass diese Investitionen finanzierbar sind und nicht zwangsweise zu einem Schuldenstaat führen. Bei den Krankenhäusern und der Gesundheitsversorgung kommt die Landesregierung selbst ihren gesetzlichen Pflichten nicht nach. In vielen Bereichen haben eine oder beide Regierungsparteien ihre Wahlversprechen gebrochen: Bildung und Hochschulpolitik, Wahlrecht, Bürgerbeteiligung, Energiewende, Strompreise, S 21, Schienenverkehr, Ganztageschulen, Kitausbau, Frauenpolitik, Gleichstellung, Pflege, Finanzierung der Krankenhäuser, Inklusion, sozialer Wohnungsbau, Tariftreuegesetz, Asylpolitik, Armutsbekämpfung, ländlicher Raum, Zivildienst, Bundeswehr an Schulen. Mehr Demokratie? Selbst die direkte Wahl der Landräte wurde fallengelassen, obwohl sie von der CDU mitgetragen worden wäre. Die Landesregierung verhinderte im Landtag monatelang einen ordentlichen Untersuchungsausschuss zur NSU-Mordserie. Nach Versagen der Enquetekommission und unter öffentlichem Druck gab die SPD jetzt ihre Blockade auf. Die Versäumnisse, Behinderungen und Verstrickungen der staatlichen Behörden bei der Aufklärung der Nazi-Morde sind nicht aufgeklärt, sondern werden weiter im Dunkeln gehalten. Als Landesverband werden wir zu diesen

Punkten eine zur Regierungshalbzeit begonnene Bilanz aktualisieren und 2015 öffentlich thematisieren.

Kein Rechtsruck! CDU will Rückkehr an die Macht; AfD formiert sich am rechten Rand

Die CDU hat das Mappus-Tief überwunden und liegt wieder deutlich bei über 40 % Wählerzuspruch. Über die Urwahl ihres Ministerpräsidentenkandidaten will sie eine Profilierung und Popularisierung ihres Führungspersonals erreichen. Gegen Guido Wolf oder Thomas Strobl wird sich MPK behaupten müssen, mit dem Image „hochangesehen, aber Auslaufmodell“. Die Union beschränkt sich keineswegs auf konservative Wählergruppen, sondern will eine neue Anhangbildung im städtischen und liberalen Milieu bewirken und ihre starken Bastionen in der Facharbeiterschaft halten.

In der Reihen der CDU und von beiden Spitzenbewerbern wird Schwarz-Grün als nahe liegende und mögliche Option gehandelt. „Was die CDU in Hessen schafft, bekommen wir hier auch hin“, sprechen ihnen CDU-Kommunalpolitiker ganz offen nach. Die FDP in Baden-Württemberg ist noch nicht tot, sie wird versuchen, liberale Wirtschaftspolitik und Freiheitsrechte als Markenzeichen gegen die AfD zu verteidigen. Wenn die FDP durch die AfD abgelöst wird, verschiebt sich das gesamte Parteienspektrum deutlich nach rechts. Die AfD positioniert sich nationaler und wirtschaftsfreundlicher als die Union, als nationalliberale Kraft mit sozialchauvinistischen Aspekten, ähnlich der FPÖ.

Die AfD gibt sich als Protestpartei, handelt aber arbeitnehmerfeindlich und als Vorreiter des Sozialabbaus. Ihre Führungsleute im Land sind keine Dummköpfe, sondern bringen Erfahrung aus Wirtschaftslobbys und Politikbetrieb mit und werden sich von den klassischen Nazis deutlich abheben. Die AfD könnte langfristig zum neuen Stahlhelm der Union werden. Sie wird in der nationalistischen Grauzone agieren. Sie wollen ihr Programm mit dem der CDU kompatibel machen und sich das Image von Regierungsfähigkeit zulegen. DIE LINKE muss mit parlamentarische Präsenz und außerparlamentarischen Druck dafür kämpfen, dass es im Landtag und in Baden-Württemberg keinen Rechtsruck gibt.

Ausgangslage für die LINKE

Bei der letzten Landtagswahl mit 2,8% gescheitert, bei der Europawahl 3,6% und in derzeitigen Umfragen knapp 4%. Innerhalb der drei großen Parteien gibt es keine Konstellation für die LINKE, die an eine Regierungsteilnahme denken lassen könnte. Der Linken bleibt die Rolle der Opposition

oder konstruktiv ausgedrückt: die Rolle eines „Korrektivs“, egal zu welcher Landesregierung. Um diese Position einzunehmen, waren die Verdopplung unserer Kommunalmandate sowie die Erfolge der LINKEN in den Groß- und Mittelstädten bei den Kommunalwahlen von zentraler Bedeutung.

DIE LINKE ist im Alltag vieler Menschen in BW positiv präsent. Aber: auf etwa einem Drittel der Fläche des Landes ist die LINKE als Partei noch sehr schwach vertreten und mit Mandaten noch gar nicht. Hier lebt die Linke fast ausschließlich vom bundesweiten Trend, dieser ist derzeit zwar stabil gut, aber stagnierend. Seit den letzten Landtagswahlen wissen wir, die Linke kommt nur in den Landtag, wenn sie politischen Nutzen und bleibendes Vertrauen bei Wählerinnen und Wählern erreichen kann.

Im Landtag fehlt eine linke Opposition

Die Chancen für einen Einzug der LINKEN in den Landtag sind heute dennoch besser als vor vier Jahren. Im Jahr 2011 machten SPD und Grüne Wahlkampf aus der Opposition heraus gegen die schwarz-gelbe Landesregierung und gegen einen unbeliebten Ministerpräsident Mappus. Im Landtagswahlkampf 2011 profilierten sich Grüne und SPD als oppositionelle Kraft mit linken und sozialen Themen. Die Bewegung gegen Stuttgart 21 war auf ihrem Höhepunkt und trieb auch konservative Wähler im Land zu den Grünen. Hinzukam der grüne Hype nach der Atomkraftwerkkatastrophe in Japan. Selbst viele treue Wählerinnen und Wähler der LINKEN entschieden sich in dieser Wechselatmosphäre bewusst für Grün-Rot. Auch 2016 kann es mit den Mehrheiten im Landtag knapp werden. Aber der regierenden Koalition fehlt diesmal ein soziales und linkes Image, das für einen Lagerwahlkampf taugt. Auch wenn es keine Wechselstimmung in Richtung CDU geben sollte: DIE LINKE kann 2016 plausibler erklären, warum es im Landtag dringend eine linke Opposition braucht, egal, welche Parteienkonstellation hinterher an der Regierung ist. Das ist ein entscheidender Unterschied zu 2011.

DIE LINKE ist kommunal nach wie vor nicht flächendeckend unterstellt, aber deutlich stärker als 2011. Die neuen kommunalpolitischen Erfahrungen bringen wir als zusätzliche Ressourcen landespolitisch mit ins „Spiel“. Alle landespolitischen Programmpunkte können wir inzwischen mit kommunalpolitischen Aussagen oder Aktivitäten anreichern.

Veränderung beginnt mit Opposition – mit dieser alten Weisheit kann DIE LINKE deutlich machen, dass es nicht allein auf Regierungskonstellationen ankommt, sondern auch darauf, dass soziale Interessen im Landtag nicht

unter den Tisch fallen und dass antifaschistische und Antikriegskräfte zu Wort kommen und auch gehört werden im Land. Baden-Württemberg braucht die LINKE als Opposition im Landtag und als Stimme derer, die dort bislang nicht vertreten sind.

Wenn wir den Wählerinnen und Wählern darstellen können, welche wichtigen Anliegen ohne uns im Landtag nicht vertreten sind, haben wir eine Chance, auch bisherige Wähler/innen anderer Parteien anzusprechen und Unterstützung zu bekommen bei Menschen, die von Armut betroffen sind, im alternativen, kritischen und gewerkschaftsnahen Bereich. Die Aussage „Politikwechsel nur mit uns“ wurde uns im letzten Wahlkampf nicht abgenommen, schon gar nicht als Machtoption. Daraus müssen wir lernen. Viel realistischer und überzeugender ist die Botschaft, dass, sofern wir im Landtag vertreten sind, sich auch die herrschenden Parteien im einen oder anderen wichtigen Punkt nach links bewegen müssen. Auf diese Zweckbestimmung sollten wir setzen und mit diesem Profil sollten wir werben, insbesondere in Gewerkschaften und in sozialen Bewegungen.

Voraussetzung für das Überschreiten der Fünf-Prozent-Hürde: Parteiaufbau

Von jetzt bis März 2016 brauchen wir eine Steigerung dauerhafter Zustimmung um etwa 2 % im ganzen Land. Das erreichen wir nur über die Ansatzpunkte: Weiterentwicklung unserer Öffentlichkeitsarbeit, Wirksamkeit unserer Kommunalpolitik, Parteiaufbauprojekte in der Fläche, Schwerpunkte der Politik auf Landesebene.

Den bundesweiten Trend können wir nur wenig beeinflussen, die notwendige Präsenz in der Fläche schon. Baden-Württemberg hat 70 Landtagswahlkreise. Nach dem Wahlgesetz gibt es keine Landesliste. Das heißt: um überall wählbar zu sein, müssen wir in allen Wahlkreisen mit Kandidatinnen und Kandidaten antreten. Wir müssen in allen Wahlkreisen Unterschriften sammeln. Wir brauchen 70 gute Bewerberinnen, die unsere programmatischen Aussagen vertreten können, vor Ort verankert oder bekannt sind und kommunikative Fähigkeiten haben. Wir brauchen zudem bekannte Persönlichkeiten, die im Wahlkampf als Spitzenpersonal im ganzen Land agieren. Um den Landtagswahlkampf stemmen zu können, brauchen wir stabile Kreisstrukturen und politische Präsenz in allen Teilen des Landes, auch dort, wo wir noch weiße Flächen haben und kommunalpolitisch nicht vertreten sind. Diese Voraussetzungen können wir nicht erst im Wahlkampf schaffen, dafür brauchen wir jetzt einen Aufbauplan. Dazu gehören: innerparteiliche Ausbildung, Zusammenarbeit und Ko-

ordinierung in der Kommunalpolitik, Veranstaltungstätigkeit in allen Regionen. „Weiße Flächen“ werden zu roten, sobald wir dort mit aktiven Kreis- und Ortsverbänden öffentlich auftreten und politische Akzente setzen. Unsere Zeitung „Kurswechsel“ soll zu diesem Zweck in Flugblattform neu aufgelegt werden. Mit den Aufbaumaßnahmen müssen wir jetzt beginnen. Die Landtagswahlen sind wichtig, aber nicht alles: Diese Maßnahmen sind notwendig, um die Landespartei strukturell und dauerhaft zu stärken, nicht nur, aber auch, um die 5%-Hürde zu überspringen. Die entscheidenden Stimmen werden also nicht im Wahlkampf gewonnen, sondern in der täglichen Arbeit der LINKEN!

Schwerpunkthemen und Wählerpotentiale

DIE LINKE braucht, um zur Landtagspartei zu werden, beides: programmatische Breite und eine Zuspitzung ihrer Aussagen in Bereichen der sozialen Gerechtigkeit, das heißt soziale Mindeststandards; öffentliche Güter und Dienstleistungen; Teilhabe, Demokratie und selbstbestimmtes Leben. Die sozialen Schwerpunkte des Wählerpotentials der Partei die LINKE liegen – in unterschiedlichen Größenordnungen – nicht in einem sondern in drei sozialen Schwerpunkten. (zur Info: Neugebauer 2007, zitiert nach Hoff: „Abgehängtes Prekariat“ 28%. „Bedrohte Arbeitnehmermitte“ 16%. „Kritische Bildungseliten“ 20%). DIE LINKE ist im Parteiensystem inzwischen verankert. Ihre Wählerinnen und Wähler sehen ihre Interessen nicht ausschließlich in der sozialen Sicherung ihrer eigenen Lage, sondern haben soziale Einstellungen und gehören entsprechenden gesellschaftlichen Gruppen an. Deshalb kann sich DIE LINKE in Baden-Württemberg nicht einfach zur Sachverwalterin eines Sachthemas erklären und glauben, dafür in den Landtag gewählt zu werden.

Landespolitische Diskussion zum Wahlprogramm beginnen

Bei der Erarbeitung des Landeswahlprogramms fangen wir nicht bei null an. Wir haben das Programm von 2011, wir haben inzwischen viele kommunal- und regionalpolitische Positionen und konnten politische Erfahrungen mit Grün-Rot sammeln. Bei der Kommunalwahl haben wir soziale Ideen in den Mittelpunkt gestellt: bezahlbare Mieten und Strompreise, keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen; Respekt und gute Löhne in Pflege und Gesundheit; Kitas und Schulesen kostenfrei; Sozialticket einführen; Bus und Bahn ausbauen; Vielfalt statt Verbote; Mitbestimmung und Bürgerrechte; Hilfe für Flüchtlinge statt Hetze und Rassismus. Eine ähnliche Zuspitzung

sollten wir auch für die Landespolitik vornehmen.

Landespolitik und soziale Bewegungen

Wir schreiben diesen Bezug nicht nur ins Landeswahlprogramm, sondern praktizieren das auch in der täglichen Politik, zum Beispiel in Bündnissen mit Mieterinitiativen, Flüchtlingsverbänden, Antifagruppen, Umwelt- und Sozialverbänden oder Einzelgewerkschaften. Themen wie TTIP oder Armut/prekäre Beschäftigung gehören mit linken Aussagen in die Kommunalparlamente und in den Landtag. Im Jahr 2015 stellen wir uns die Aufgabe, möglichst in allen Landesteilen regionale Ratschläge oder kleine thematische Konferenzen durchzuführen, mit Beteiligung von Bündnispartnern, zum Beispiel: (1) Arbeit, Armut, Reichtum (in Ba-Wü) – (2) Leben/Wohnen (in Ba-Wü), dabei auch Verkehr, Energie und Regionalentwicklung („Leben im ländlichen Raum“) – (3) Demokratie, Bürgerrechte – (4) Schulentwicklung/Bildung.

In die Landespolitik eingreifen – Auftakt beim Landesparteitag am 6. und 7. Dezember

Um landespolitische Positionen zu entwickeln und ein Landeswahlprogramm zu erarbeiten, brauchen wir die entsprechenden Arbeitszusammenhänge. Der Landesvorstand will eine solche Qualifizierung der Partei über einige Fachgruppen erreichen, in Zusammenarbeit mit dem Jugendverband und den Landesarbeitsgemeinschaften. Beim Landesparteitag im Dezember haben wir eine Gelegenheit, landespolitische Markierungen zu setzen, d.h. uns als linke Kraft zu präsentieren, die neben der Bundes- und der Kommunalebene auch als landespolitische Partei agiert. Um dies nach innen und außen zu zeigen, schlägt der Landesvorstand vor, auf dem Landesparteitag zu vier oder fünf Themenbereichen Workshops oder Foren einzurichten, dafür Inputs aus dem Landesverband zu organisieren und kompetente Gäste aus dem Bündnisspektrum einzuladen. Wir sollten auf dem Landesparteitag nicht alle, aber einige wichtige Politikfelder behandeln. Der Arbeitsauftrag der inhaltlichen Foren lautet: Wofür stünde DIE LINKE im Landtag? Die Ergebnisse der Foren werden im Landesinfo publiziert.

Damit wird der Landesparteitag ganz praktisch nach innen und außen den Auftakt der programmatischen Debatte einleiten. Und wir machen damit klar, dass unsere Politik einen Bezug hat zu sozialen Bewegungen und Gewerkschaften in Baden-Württemberg. *Bernhard Strasdeit, i.A. und nach Diskussion des Landesvorstandes*

www.die-linke-bw.de

Inhalt

Aktuell

Kampf gegen den IS und die Politik der Bundesregierung	2
YPG-Kommandant Xebat: „Der Krieg in Kobanê geht weiter, deswegen muss die Unterstützung auch weitergehen“	4
Spanien: Expressabschiebungen in der Kritik	5
Freilassung von Tomas Elgorriaga Kunze!	6
Auslandsnachrichten	8
Italien: Stahlarbeiter gegen Stellenabbau • Österreich: Lohnerhöhungen in der Metallindustrie • Frankreich: Streik in Luxushotels gegen niedrige Löhne • Schweiz: Bei Coop höhere Mindestlöhne • USA: Arbeitnehmerrechte bei Zara respektieren • Ungarn: Angriff auf Bildungsgewerkschaft • USA: Faule Äpfel im Lehrzimmer? • Indonesien: Todesfälle in Grasberg-Mine • Norwegen: Flugrechte für Qatar Airways aberkennen • USA: T-Mobile unterläuft internationale Standards	
Aktionen ... Initiativen	10
Verdi mit der Bundeswehr? • Aktion Courage e.V. ist beunruhigt über die Zunahme gewalttätiger antisemitischer Übergriffe in Deutschland • 172 Abgeordnete des Bundestags unterschreiben Manifest von „Deine Stimme gegen Armut“ • Sie siedeln in ganz Deutschland: völkische Siedlungsbewegungen • Hilfen für Langzeitarbeitslose: Paritätischer kritisiert Nahles-Vorschläge als „hoffnungslos unterfinanziert“ • Abstimmung über Gentechnik-Regulierung verschoben • „ausgestrahlt macht Vorschlag für geändertes Atommüll-Gesetz“ • Störfall vor 35 Jahren veränderte Bayer-Politik	
Der gewaltsame HoGeSA Aufmarsch in Köln	12
Die AfD im Mannheimer Gemeinderat	13
Essen: Stadtrat beschließt Standards für Flüchtlings-Erstaufnahmeeinrichtung	14
Kommunale Politik	14
Mehr tun für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge! Hamburg. • Die gesundheitliche Versorgung der Flüchtlinge verbessern: München. • Neuer Wohnungsbericht: Günstige Wohnungen fehlen, Investoren zielen auf hohe Mieten. Köln. • Schleunigst von Olympiabewerbung Abstand nehmen: Berlin. • Deutscher Städtetag zum Maut-Gesetzesentwurf: Vorrangig Lkw-Maut ausweiten: Oldenburg. • Deutscher Städtetag veröffentlicht Gemeindefinanzbericht 2014: Berlin. • Landkreistag begrüßt Ergebnisse des IT-Gipfels und fordert weitere Anstrengungen beim Breitbandausbau: Berlin.	
Alles oder nichts. GDL kämpft um Ausweitung der Vertretungsmacht	17
Wirtschaftspresse	18
Ukraine-Wahl: Schlüsselprobleme bleiben ungelöst	19
Landtagswahl 2016: Thesen zur Strategie-debatte in der LINKEN Baden-Württemberg	21

Gauck hofft auf zweite Amtszeit

Welt, Spiegel. (maf) Ende September berichtete die Presse („Die Welt“), dass die zuständige Staatsanwaltschaft Göttingen Ermittlungen gegen die Staatsanwaltschaft Hannover aufgenommen hat, von denen möglicherweise auch das Landeskriminalamt Niedersachsen und das Landesjustizministerium berührt werden. Es geht um Geheimnisverrat. Ohne die Impfung der Presse mit – vor Gericht nicht haltbaren – Verdächtigungen hätte die Vorverurteilung durch die Medienöffentlichkeit, die es Wulff in der Tat unmöglich machte, sein Amt zu bekleiden, nicht greifen können. Die politische Zielsetzung dieser Amtsenthebungskampagne wird nicht auf ewig im Dunkel bleiben. Sicher ist, dass Wulff eine verfassungsgemäße, in der BRD-Praxis aber neue Interpretation der Religions- und Bekenntnisfreiheit vertrat. Wie sehr seine Äußerung, der Islam gehöre zu Deutschland, gegen die übliche Ausgrenzungspraxis verstieß, sollte der wenig später aufgeflogene NSU-Skandal zeigen. Auch hing damals der europafeindliche FDP-innerparteiliche Entscheid an, in dem die kritische Masse für die heute präsente AfD entstand. Ein Sieg der Europagegner hätte die Regierung aus CDU/CSU und FDP zum Scheitern gebracht und eine Situation geschaffen, in der der Bundespräsident als Verfassungsorgan gefordert gewesen wäre. Das waren die Umstände, unter denen Gauck auf

maßgebliches Betreiben der FDP und der Grünen Kandidat der Mehrheit der Bundesversammlung wurde. Als Hüter der Verfassung und oberster Dienstherr aller Bundesbehörden kann der Bundespräsident nur fungieren, wenn er die ganze Breite des Parteienspektrums als legitime politische Kraft anerkennt. Da er mit der Beauftragung zur Regierungsbildung im Bund und mit der Ernennung von Amtsträgern zu tun hat, muss er tun, was jeder Vorgesetzte tun muss. Grade weil er Handlungsmöglichkeiten hat, muss er schweigen, wenn nichts Relevantes vorliegt. Gauck kann das nicht. Ohne Bedenken mischt er sich in die Regierungsbildung Thüringens ein. Er ist ein Mann des laut und im Amt geäußerten Vorurteils und der vornehm verkleideten Stammtischparole. Wäre er Richter, könnte ihm die Position des Spitzenreiters bei stattgegebenen Befangenheitsanträgen nicht leicht jemand streitig machen. Als Mann der Kirche hätte er das Nichtgedeihlichkeitsverfahren schon auf dem Halse. – Der „Spiegel“ meldet, dass Gauck auf eine zweite Amtszeit hoffe. Lediglich gesundheitliche Vorbehalte (er wäre 2017 immerhin 77 Jahre alt) hinderten ihn derzeit daran, sich endgültig festzulegen. Laut einer Mitte September veröffentlichten Umfrage, so der „Spiegel“, wünscht sich das auch gut die Hälfte der Deutschen. – Offenbar merkt Gauck nicht, dass das für einen amtierenden Bundespräsidenten ziemlich wenig ist.

Veranstaltung im Rahmen der „Winterschule“ in Erfurt: Freier W-Lan Zugang und Recht auf Anonymität im Netz?

Diskussionsveranstaltung der Linke-ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung mit Fachleuten aus der Bundestagsfraktion der Linken (Angefragt: Büro Halina Wawzyniak) und Kommunalpolitiker/innen der Linken. Es ist noch offen, ob der Termin Freitag (2.1.) oder Samstag (3.1.) Abends stattfindet. Näheres in der Dezemberausgabe der Politischen Berichte.

Informationen zur „Winterschule“ (siehe auch beiliegenden ArGe-Rundbrief)

Die Winterschule 2015 beginnt am **Freitag, 2. Januar 2015. (14 Uhr), und dauert bis Sonntag, 4. Januar 2015 (18 Uhr)**. Wir tagen erneut in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“, in der „JH Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 4 Minuten Fußweg auseinander. Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705. Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg.

Die Kosten für Ü/F betragen ca. 31,50 Euro/Tag und Person. Bettwäsche ist vorhanden, **bitte Handtücher mitbringen**. Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben. Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden.

Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. Um die Anzahl entsprechend der Anmeldungen anpassen zu können, bitte wir euch um **Anmeldungen bis 15. Dezember** und nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 11. Dezember 2014.

Redaktionsschluss: Freitag, 5. Dezember.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die Erscheinungstermine 2015 (vorläufig):

22. Jan., 19. Feb., 19. März, 16. April, 14. Mai, 11. Juni, 9. Juli, 6. August, 17. Sept., 15. Okt., 12. Nov., 10. Dez.